NR. 196 / FEB. 2007 / FR. 7.00

ROTE ANNELIESE

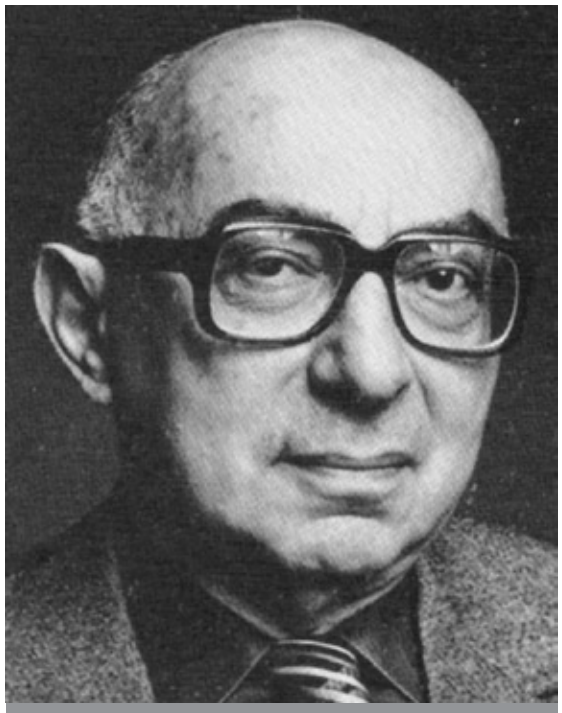
Spital-Report: 2.Teil
Problemzone Chirurgie

SEITE › 4

Privat-Spital: Viola Amherd verweigert Antworten › 3

Untersuchungsrichter: Zweierlei Massstäbe › 10

Informationsgesetz: In die Schublade verbannt › 11



Hans Mayer:
Der Literatur-Aussenseiter

SEITE › 16

Visper Chefarzt:
Verwarnt und zum Oberarzt degradiert

SEITE › 4

Ehemaliger PZO-Chefarzt:
8 Monate Gefängnis für Liebes-Verhältnis

SEITE › 7

EDITORIAL

Problemzone Chirurgie: Totschweigen und herunterspielen

Der Spital-Report in der letzten RA hat eingeschlagen, zumindest bei der Oberwalliser Bevölkerung. Der Kioskabsatz schnellte in die Höhe. Eine ältere Frau aus einem Seitental, welche für eine Operation ins Spital ging, soll dem Chefarzt gedroht haben: *«Tiät de rächt opärierä, susch reisächä de där Reportär üf där Puggäl»*. Der Blick titelte *«Spitalpfusch»* und auch im Facts stand ein Artikel. Für die Oberwalliser Medien hingegen waren die Spitalprobleme vor der Haustüre kein Thema.

Auch das Gesundheitsnetz liess öffentlich keinen Ton verlauten. Zwei Monate später erklärte Dietmar Michlig, Direktor des Gesundheitsnetzes Wallis (GNW), in einem Interview beiläufig: *«Das Spitalzentrum Oberwallis hat kein Qualitätsproblem.»* In einem spitalinternen Mail tönte es aber ganz anders. Dort ist von einer Untersuchung der Chirurgie durch einen externen Experten die Rede und von konkreten personellen Massnahmen. Die Öffentlichkeit durfte davon nichts erfahren. Man will die PatientInnen nicht beunruhigen.

Ganz anders im Kanton Fribourg. Auf Druck der Medien gab es dort eine breite Diskussion und das Spitalnetz Freiburg war gezwungen, eine externe Untersuchung einzuleiten, welche vom Berner Alt-Regierungsrat Mario Annoni geleitet wird. Im Gegensatz zum Oberwalliser Spitalzentrum kamen in Freiburg jedoch keine PatientInnen zu Schaden. Im Spitalzentrum Oberwallis kam es nicht bloss zu «Kunstfehlern». Die Notoperationen wurden in zwei Fällen um eine ganze Woche hinausgezögert. Mit gravierenden Folgen für die Patientinnen. Und wie die neusten Recherchen der RA zeigen, gab es auch Todesfälle, die grosse Zweifel über die korrekte Nachbehandlung von chirurgischen Operationen aufkommen lassen.

Das Spitalzentrum Oberwallis funktioniert mehrheitlich gut, insbesondere die ambulanten Disziplinen in Brig. Aber das Departement Chirurgie ist ein Problemfall, wie die vorliegende RA zeigt. Das hat auch mit der Spitalfusion zu tun. Die sechs Chirurgen sind in eine Briger und eine Visper Fraktion gespalten. Die Kommunikation ist schlecht. Die Spitalverantwortlichen sind jetzt in der Pflicht: Sie müssen gegenüber der Öffentlichkeit klaren Wein einschenken. Die Oberwalliser Bevölkerung hat Anspruch darauf, über die Resultate der Untersuchung und die konkreten Massnahmen transparent informiert zu werden. Die gegenwärtige Verheimlichung dient niemandem. Am wenigsten den PatientInnen und dem Spitalpersonal.

Kurt Marti

IMPRESSUM

ROTE ANNELIESE
Jugendabo: Fr. 25.–
Jahresabo: Fr. 50.–
Unterstützungsabo: 80.–
PC 19-8382-6

REDAKTOR
Kurt Marti

FREIE MITARBEITERINNEN
Hilar Eggel
Susanne Hugo
Sabine von Stockar
Renata Werlen

HERAUSGEBER
Verein Rote Anneliese
PF 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

SATZ UND DRUCK
s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis

Ein grosses Danke für Ursula Schild

Ende Dezember 2006 hat Ursula Schild die *Rote Anneliese* verlassen. Während zwölf Jahren hat sie die administrativen Geschicke der *Roten Anneliese* geleitet; bis ins Jahr 2002 war sie zudem verantwortlich für diverse Adressverwaltungen anderer Organisationen, z.B. der Alpen-Initiative. Obwohl es manchmal ziemlich hektisch zuging und alle gleichzeitig etwas von ihr wollten, liess sie sich nie aus der Ruhe bringen. *«Eines nach dem anderen!»* war ihr Motto.

Für Deinen jahrelange Einsatz im Dienste der letzten kritischen Oppositionszeitung im Schweizer Alpenraum dankt Dir der Vorstand und die Redaktion ganz herzlich. Bei Deiner weiteren Teilzeitanstellung bei der Alpen-Initiative wünschen wir Dir viel Erfolg.

Vorstand und Redaktion der Roten Anneliese

INHALT

Viola Amherd: Keine Antwort auf RA-Fragen SEITE › 3

Spital-Report: Chefarzt verwarnt und degradiert SEITE › 4

Medien im Oberwallis: Auf Tauchstation SEITE › 6

Ehemaliger Chefarzt: Acht Monate Gefängnis SEITE › 7

CSPO-Kandidaten: Nicht das Gelbe vom Ei SEITE › 8

Politische Justiz: Zweierlei Massstäbe angewandt SEITE › 10

Grosser Rat: Informationsgesetz in der Schublade SEITE › 11

Pumpspeicherwerke: Nicht im Interesse des Wallis SEITE › 12

Schulreform: Zurück zum Wesentlichen! SEITE › 13

Hans Mayer: Literaturprofessor und Aussenseiter SEITE › 16

Verein Zentrum Saltina: Unterstützung nur für Gesundheits- und Sozialinstitutionen

Mitglieder des Vereins Zentrum Saltina sind die 35 Gemeinden der Bezirke Goms, Östlich-Raron und Brig. Präsident des fünfköpfigen Vereinsvorstandes ist der Natischer Treuhänder **Alois Kämpfen,** Vizepräsidentin ist **Viola Amherd,** Sekretär der Natischer SVP-Gemeinderat **Franz Ruppen.** Hinzukommen die beiden Mitglieder **Guido Walker,** Gemeindepräsident von Bitsch, und der ehemalige Gemeindepräsident von Fiesch **Freddy Huber.** Der Verein ist Besitzer der Liegenschaften rund um das bisherige Kreisspital Brig und erhält jährlich die Mieterträge. Das Vermögen geht in die Millionen. Der Verein hat den Zweck, die Gesundheits- und Sozialinstitutionen in den Mitgliederbezirken zu unterstützen. Als Begünstigte kommen *«nur Gesundheits- und Sozialinstitutionen in Frage»*. Über Art und Höhe der Unterstützung entscheidet der Vorstand. Dieser kann den Kreis der Begünstigten auch auf Institutionen erweitern, welche *«im weitesten Sinne im Bereich des Gesundheitswesens tätig sind.»*

Viola Amherd, Vizepräsidentin des Vereins Zentrum Saltina: Entschieden haben offenbar die Gemeinden, obwohl die Statuten einen Vorstandsentscheid verlangen.

Privat-Klinik Oberwallis: Verein Zentrum Saltina zahlte 100000 Franken für Machbarkeitsstudie

Viola Amherd verweigert Antworten

BRIG-GLIS – Nachdem die IG «Pflege für alle» mit ihren Plänen einer Privat-Klinik an die Öffentlichkeit ging, bekam der Vorstand des Vereins Zentrums Saltina kalte Füsse. Der Verein hat nämlich die Studie mit rund 100000 Franken finanziert. Dabei handelt es sich um öffentliche Gelder, die den 35 Gemeinden der Bezirke Goms, Östlich-Raron und Brig gehören. Die Briger Nationalrätin und Stadtpräsidentin Viola Amherd ist Vizepräsidentin des Vereins. Sie weigerte sich, auf die RA-Fragen zu antworten.

VON KURT MARTI

Viola Amherd fasste sich in ihrer Mail-Antwort kurz: *«Wie bereits früher mitgeteilt, verzichte ich darauf, die Fragen der RA zu beantworten.»* Die RA wollte wissen: Wer hat die private Machbarkeitsstudie für ein Privatspital bezahlt? Wer hat den Finanzierungsentscheid getroffen? Wie viel hat die Studie gekostet? Welches ist die Haltung der Stadtpräsidentin von Brig-Glis zum geplanten Privat-Spital? Alles Fragen, welche die Bevölkerung interessieren.
Die Pläne für eine Privat-Klinik wurde von der IG *«Pflege für alle»* und deren Vertreter CVPO-Grossrat Jean-Marie Schmid und Regionalsekretär Josef-A. Kuonen präsentiert.

Eigentlich müsste der Vereinsvorstand entscheiden

Laut Medienunterlagen hat der Verein Zentrum Saltina einen Kredit für die Machbarkeitsstudie zur Verfügung gestellt. An die Höhe des Kredites konnte sich Schmid anlässlich der Medienkonferenz nicht mehr erinnern. Etwas gesprächiger war Alois Kämpfen, der Präsident des Vereins Zentrum Saltina. Er bestätigt, dass die Studie 100000 Franken gekostet hat und dass der Verein sie finanziert hat. Aber er distanziert sich von der kursierenden Behauptung, der Vereinsvorstand habe über den Kredit entschieden. Die IG habe sich an die Trägergemeinden gerichtet und diese haben *«dem Vereinsvorstand grünes Licht für die Finanzierung der Machbarkeitsstudie gegeben. Den Finanzierungsentscheid hat nicht der Vorstand getroffen.»* Laut Vereinszweck (*siehe Kasten*) müsste aber ausdrücklich der Vorstand über die finanzielle Unterstützung entscheiden.

Nur für Gesundheits- und Sozialinstitutionen vorgesehen

Zudem dürfen laut Vereinszweck grundsätzlich nur Gesundheits- und Sozialinstitutionen unterstützt werden. Damit wäre die Finanzierung der Machbarkeitsstudie, welche durch eine private Beratungsgesellschaft erstellt wurde, nicht zulässig. Laut Vereinszweck kann aber der Kreis der Begünstigten auf Institutionen erweitert werden, welche *«im weitesten Sinne im Gesundheitswesens tätig sind.»* Wenn man sehr grosszügig ist, fallen die privaten Berater darunter. Doch auch hier halten die Statuten klar fest, dass der Vorstand über die Erweiterung entscheiden muss. Laut Vereinspräsident Kämpfen hat der Vorstand in einem Brief an die IG *«Pflege für alle»* und an alle Trägergemeinden richtig gestellt, dass der Entscheid zur Finanzierung nicht vom Vorstand gefällt wurde, sondern von den Trägergemeinden. Erstaunlicherweise ist im Stadtrat von Brig-Glis, welcher von Viola Amherd präsidiert wird, ebenfalls kein Entscheid zur Finanzierung gefällt worden.

Problemzone Chirurgie:
Externe Untersuchung durch einen Experten – Chefarzt wurde verwarnt, zurückgestuft und unter Aufsicht gestellt – Aber offiziell gibt es kein Qualitätsproblem!

Anonymer Hilferuf aus dem Spital Visp: «Das Ganze ist noch viel schlimmer!»

OBERWALLIS – Die erschreckenden Patientengeschichten in der letzten Roten Anneliese haben auch die Verantwortlichen des Gesundheitsnetzes Wallis (GNW) wachgerüttelt. Ein externer Experte soll die Handlungsabläufe in der Chirurgie analysieren; ein Chefarzt wurde verwarnt und zurückgestuft. Trotzdem behauptet GNW-Direktor Dietmar Michlig: *«Das Spitalzentrum Oberwallis hat kein Qualitätsproblem.»*

VON KURT MARTI

Kurz nach Erscheinen des Spital-Reports in der letzten RA kam der folgende Hilferuf aus dem Spital in Visp mit anonymer Post: *«Das Ganze ist noch viel schlimmer. Helfen Sie den Patienten, helfen Sie dem zum Schweigen gebrachten Personal!»* Im zweiseitigen Brief ist die Rede von PatientInnen mit Darmverschluss, Blinddarm und Gallenlecks, welche *«über Tage liegen gelassen wurden»* und *«wegen des zu spät erfolgten Eingriffes starben.»* Patientinnen *«wurden mit Schwangerschaftsvergiftungen nach Hause geschickt»* und mussten notfallmässig ins Inselspital Bern eingeliefert werden. Zudem ist die Rede *«von einem miserablen Klima, von fehlender Kommunikation und fehlender Führung.»*

Diverse Todesfälle, die zu denken geben

Wie glaubhaft ist dieser Hilferuf, der anonym erfolgte, weil die Person sonst befürchtet, die Arbeitstelle zu verlieren? Die RA hat sich auf die Suche nach Fällen gemacht, welche im Brief andeutungsweise erwähnt sind, und ist fündig geworden: Den erwähnten Fall von Schwangerschaftsvergiftung gibt es tatsächlich. Und auch der Fall einer Person, welche an den Folgen eines harmlosen, chirurgischen Eingriffes gestorben ist, weil die notwendige Nachbehandlung tagelang hinausgezögert wurde. Die RA ist im Besitz des Patientendossiers, welches den Angehörigen erst nach hartnäckigem Intervenieren herausgegeben wurde. Im Zuge der Recherchen stiess die RA auch auf weitere Todesfälle, die Zweifel über die korrekte Nachbehandlung auf der chirurgischen Abteilung in Visp aufkommen lassen. In allen Fällen wollen die Angehörigen mit ihren Erfahrungen nicht an die Öffentlichkeit, weil damit schmerzliche Wunden wieder aufgerissen werden oder weil sie sich nach dem Schock und der Trauer nicht stark genug fühlen. Doch die Spitalverantwortlichen täten gut daran, die Todesfälle zu untersuchen.

GNW-Generaldirektor Michlig und SZO-Direktor Hugo Burgener waren über den Inhalt des anonymen Briefes sehr erstaunt, wollten aber keine Stellung dazu nehmen. Beide gaben an, den oben genannten Todesfall nicht zu kennen, was einige Zweifel daran weckt, ob sie wirklich wissen, was im Departement Chirurgie abläuft. Für Michlig zeigt der Brief eines ganz klar, nämlich *«dass es im Spitalzentrum Oberwallis Informationslecks gibt, die es zu stopfen gilt.»* Übrigens hat das GNW als Reaktion auf die letzte Ausgabe der RA beim Untersuchungsrichteramt eine Strafklage gegen Unbekannt eingereicht, und zwar wegen möglicher Verletzung des Arztgeheimnisses. Man vermutet ein Informationsleck.

Spitalzentrum Oberwallis Standort Visp: Externer Experte muss die Vorgänge untersuchen, aber gegen aussen ist alles in bester Ordnung.

Untersuchung durch einen externen Experten

Zwei Monate nach Erscheinen des RA-Spitalreports erklärte Staatsrat Thomas Burgener im WB-Interview, dass es sich bei den *«Kunstfehlern»* bloss um einen kleinen Prozentsatz handle und auch GNW-Generaldirektor Michlig behauptete in der RZ, die Komplikationsrate sei im Spitalzentrum Oberwallis *«nicht höher als anderswo in der Schweiz»* und auch eine Häufung der Fehlbehandlungen gebe es nicht. *«Das Spitalzentrum Oberwallis hat kein Qualitätsproblem.»* Diese öffentliche Sprachregelung steht im Gegensatz zur spitalinternen Kommunikation: Einen Tag nach der Veröffentlichung des Spital-Reports stand in einer spitalinternen Mitteilung zum RA-Report höchst Erstaunliches: Erstens bestätigt das Schreiben des SZO-Direktors Burgener und des ärztlichen Direktors Marcel Schmid, dass die geschilderten Patienten-Dossiers den Tatsachen entsprechen. Beide sprechen von *«tragischen und nicht entschuldbaren»* Komplikationen. Zweitens geben sie zu, dass die Kommunikation mit den Patienten *«Verbesserungspotential»* enthält. Drittens wurde beschlossen, im Bereich Chirurgie eine Untersuchung durch einen externen Experten durchzuführen, welcher *«die Abläufe und heutigen Tätigkeiten in der Chirurgie analysieren soll.»* Und viertens sind in zwei der Fälle *«Massnahmen getroffen»* worden. Auch Staatsrat Burgener verwies im WB-Interview auf solche *«Massnahmen»*. Was sind das aber für Massnahmen, welche der verunsicherten Öffentlichkeit verheimlicht werden?

Chefarzt in Visp wurde verwarnt und zum Oberarzt degradiert

RA-Recherchen brachten die Wahrheit schliesslich an den Tag: Der Chefarzt, welcher für den Verlauf von zwei der drei Fälle verantwortlich war – die Patientin Doris H. trug dabei schwere Hirnschäden davon und ist heute an den Rollstuhl gebunden (*siehe Bild*) – erhielt laut Insider-Information eine Verwarnung mit Auflagen und wurde auf die Stufe eines Oberarztes zurückversetzt. Zudem wurde er dem direkten Coaching des Departementschefs der Chirurgie, Mauro Arigoni, unterstellt, welcher in Zukunft die korrekte Nachbehandlung der Operationen überprüfen muss. Der zurückversetzte Oberarzt musste sich bereits mehreren Alkoholtests unterziehen. Sowohl Spitalangestellte als auch PatientInnen und Angehörige waren an die Spitaldirektion gelangt, weil sie aufgrund von persönlichen Erfahrungen ein Alkoholproblem vermuteten. Die Tests verliefen allerdings negativ. Ein Insider des Gesundheitswesens nennt das Problem beim Namen: *«In der Privatwirtschaft hätte dieser Chirurg schon längst den Hut nehmen müssen.»* Und ein weiterer Insider zieht dieselben Folgerungen: *«Eigentlich hätte man schon vor Jahren handeln müssen.»*

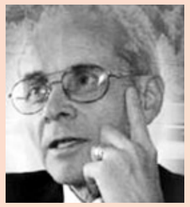
Laut Aussagen der Angehörigen ist sich der degradierte Oberarzt keines Fehlers und keiner Schuld bewusst, was den Fall der Patientin Doris H. betrifft. Laut ihrem Ehegatten Beat H. wurde eine entsprechende Aussage im spitalinternen Protokoll einfach weggelassen. Angehörige und betroffene PatientInnen sind empört, dass der heutige Oberarzt immer noch im Spital Visp operiert. In der Tat zeigt die Verwarnung und Degradierung deutlich, dass die GNW-Spitze ein Verschulden des damaligen Chefarztes nicht ausschliesst. Es ist deshalb höchst erstaunlich, dass die GNW-Verantwortlichen nicht den Untersuchungsrichter eingeschaltet haben, angesichts der externen und internen Meldungen über mögliche Alkoholprobleme.

Seit Jahren anhaltende Erhöhung der Wundinfektionen im GNW

Wenn es laut offizieller Sprachregelung in der Chirurgie kein Qualitätsproblem gibt, wieso wird dann eine externe Untersuchung eingeleitet? Wieso wird ein Chefarzt auf die Stufe eines Oberarztes zurückgestuft? Und wieso ist der GNW-Generaldirektor so lückenhaft über die tatsächliche Qualität der Chirurgie im Spitalzentrums Oberwallis informiert? Denn seine Behauptung, die Komplikationsrate des SZO sei nicht höher als anderswo in der Schweiz, widerspricht dem Gutachten der Uni Lausanne. Darin ist nämlich die Rede von einer *«seit mehreren Jahren anhaltenden Erhöhung der postoperativen Wundinfektionen»*, welche auch im Jahr 2005 bei der Dickdarm- und der Blinddarmchirurgie *«verglichen mit den anderen Schweizer Spitälern höher ausgefallen sind.»* Zudem handelt es sich bei den erschreckenden PatientInnen-Geschichten nicht bloss um sogenannte *«Kunstfehler»*. Wohl standen solche Fehler, die passieren können, am Anfang. Entscheidend ist aber die Phase der Nachbehandlung und hier geht es nicht um *«Kunstfehler»*, sondern um folgendschwere Versäumnisse.

Unter den sechs Chirurgen herrscht Misstrauen

Tatsache ist, dass die sechs Chirurgen nie zu einem funktionierenden Team zusammengewachsen sind. Auf der GNW-Homepage im Internet ist die Chirurgische Abteilung des SZO drei Jahre nach der Spitalfusion immer noch eine Baustelle. *«Chirurgie im Aufbau»* heisst es dort lakonisch und vielsagend. Keine Namen, keine Funktionen, keine Telefonnummern. Zwischen der Visper Fraktion (Mauro Arigoni, Stefan Ritz, René Furler, Roland Zengaffinen) und der Briger Fraktion (Jürg Giezendanner, Claude Bussard) herrscht Misstrauen. Die Aufteilung der Chirurgie auf beide Standorte Brig und Visp macht die Zusammenarbeit nicht leichter. Die Führungsqualität von Departementschef Mauro Arigoni wird offen in Frage gestellt.



GNW-Verwaltungsrat Odilo Guntern: Wann sorgt er für Transparenz?

Die GNW-Verwaltungsräte

- **Dr. Raymond PERNET, Präsident, Arzt**
- **Rosemarie ANTILLE, Vizepräsidentin, Lehrerin**
- **Bernhard ANDENMATTEN, Treuhänder**
- **Dr. François COUCHEPIN, Advokat**
- **Dr. Olivier DERIVAZ, Advokat und Notar**
- **Dr. Odilo GUNTERN, Advokat und Notar**
- **Richard MEYER, Arbeitspsychologe**

BlickAktuell | MITTWOCH | 27. DEZEMBER 2006 | HORROR IM SPITAL

Doris H. An den Rollstuhl auf einem Auge blind ...

... weil Ärzte pfuschten

Begeisterte Töfffahrerin: Letztes Jahr war Doris H. noch gesund und mit ihrer BMW 1200 RS auf dem Beschenpass in Italien.

Im Spital in Visp war Doris H. am 23. April eingewiesen worden und nach einer Notoperation schwer hirngeschädigt.

Doris H. bekommt Besuch von ihrem Sohn und ihrem Enkel.

Blick vom 27. Dezember 2006:
Die Horrorgeschichte der Doris H., welche aufgrund der Spitalpfuscherei in Visp im Rollstuhl ist, stand als Fall 1 in der letzten Roten Anneliese.

WB: Totgeschwiegen

RZ: Totgeschwiegen

Regionaljournal: Totgeschwiegen

rro: Totgeschwiegen

Schweiz aktuell: Totgeschwiegen

Spital-Sicherheit und Öffentlichkeit

Oberwalliser Medien einmal mehr auf Tauchstation

OBERWALLIS – Der Spital-Report der *Roten Anneliese* vom letzten November beschäftigte die OberwalliserInnen in den Familien, auf der Strasse und in der Beiz. Die Oberwalliser Zeitungen, Radios und das Fernsehen hingegen liessen die erschreckenden PatientInnengeschichten kalt. Das brisante Thema wurde totgeschwiegen. Keine eigenen Recherchen, keine Diskussionen, keine Berichte. Die Medien fügten sich dem Schweigen des Gesundheitsnetzes und der politischen Parteien.

VON KURT MARTI

Der **Walliser Bote** lieferte keine einzige Zeile zu den Oberwalliser Spitalproblemen. Damit blieb der WB seinem Gebot treu: Themen, welche die RA bringt, werden weder im redaktionellen Teil noch in der Leserbrief-Spalte erwähnt. Der Name der Roten Anneliese ist tabu. Anderthalb Monate nach Erscheinen des Spitalreports in der RA stellte der WB-Redaktor im Rahmen des Neujahrs-Interviews dem Gesundheitsminister Thomas Burgener nebenbei zwei höfliche Fragen, auf dass dieser sein Sprüchlein herunterspulen konnte. Statt über das Spital vor der eigenen Haustüre zu berichten, nahm sich der WB in einem Artikel der Probleme im Kantonsspital Freiburg an. Ebenfalls in der **RhoneZeitung** wurde das Thema nicht erwähnt. Erst zwei Monate später nahm GNW-Direktor Dietmar Michlig in einem RZ-Interview beiläufig Stellung: *«Das Spitalzentrum Oberwallis hat kein Qualitätsproblem.»*

Messerscharfe Analyse des Staatsrechtlers Franz Riklin

Das **Regionaljournal Bern Freiburg Wallis** berichtete journalistisch vorbildlich über die Kritik des Schweizerischen Beobachters am Kantonsspital Freiburg und konfrontierte die Spitalverantwortlichen und die Staatsrätin mit kritischen Fragen. Als diese nicht auf die Kritik eingingen und pauschale Dementis abgaben, sendete das Regionaljournal ein Interview mit dem Präsidenten der Schweizerischen Gesellschaft für Chirurgie.

Zudem fragte das Regionaljournal den Staatsrechtler Franz Riklin, woran es denn liege, dass die Spitalverantwortlichen die Diskussion verweigerten. Dieser analysierte messerscharf: *«Das ist eigentlich typisch für Freiburg, dass kein vertretbares System der Konfliktbewältigung besteht. Das war auch schon bei früheren Skandalen und Konflikten der Fall, dass man etwas pauschal abgelehnt hat und nicht auf die Kritik eingegangen ist. Das hat auch historische Gründe, weil der Kanton jahrhundertelang autoritär regiert wurde. Das hat dazu geführt, dass die Bevölkerung relativ passiv ist bei eigenen Auseinandersetzungen. Und dass vor allem jene, die sich exponieren, gesellschaftliche Nachteile riskieren. Auch das Parlament kann da wenig entgegenhalten. Aber es würde sich lohnen, genauer hinzuschauen.»*

Diese Analyse hätte das Regionaljournal nicht nur hundertprozentig für das Wallis übernehmen können, sondern auch auf das totale Schweigen des Regionaljournals zum Oberwalliser Spitalproblem übertragen müssen. Auch bei **Schweiz Aktuell** im Schweizer Fernsehen wurde geschwiegen. Hier konzentriert man sich auf Naturereignisse wie Wölfe, Wetterfrösche und Waldbrände.

rro ignoriert die RA generell

Ein Spezialfall ist Radio Rottu Oberwallis **rro**. Dessen Zentrale liegt so nahe beim Spital Visp und dem Wohnsitz von Gesundheitsminister Thomas Burgener, dass die hundertprozentige Abstinenz in Bezug auf die Spitalsicherheit nicht unerklärlich ist. Ganz generell geht es dem rro ähnlich wie dem WB: Themen der Roten Anneliese werden totgeschwiegen. Es gilt die Weisung von oben, in den Walliser Nachrichten auf der rro-Homepage die Rote Anneliese zu boykottieren. Diese Doktrin hat sich konsolidiert, als die RA über die SVP-Vergangenheit des neuen rro-Präsidenten Christian Stärkle berichtete.

Liberale Staatsdenker über die Medien: Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill

Bereits vor 150 Jahren haben die beiden liberalen Staatsphilosophen Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill das Problem der öffentlichen Meinung glasklar gesehen, welche mit der institutionalisierten Macht der Mehrheit identisch ist. Der Franzose Tocqueville schreibt in seinem Klassiker *«Über die Demokratie in Amerika»* folgendes: *«Erfährt ein Mensch eine Ungerechtigkeit, an wen soll er sich wenden? An die öffentliche Meinung? Sie ist es, die die Mehrheit bildet; an die gesetzgebende Versammlung? Sie stellt die Mehrheit dar; an die ausübende Gewalt? Sie wird durch die Mehrheit ernannt; an das Geschworenengericht? Es ist die mit dem Recht zum Urteilsprechen bekleidete Mehrheit.»* Tocqueville warnt davor, dass die Medien der *«Tyrannei der Mehrheit»* als Sprachrohr dienen und verlangt das diese getreu ihrem liberalen Auftrag neben der Informations- auch eine Oppositionsrolle haben.

Der Engländer John Stuart Mill verlangte, dass Vorkehrungen getroffen werden müssen, damit *«eine ständige Opposition gegenüber dem Willen der Mehrheit aufrechterhalten bleibt.»* Ohne oppositionelle Medien erstarrt die Gesellschaft *«in chinesischer Unbeweglichkeit»* und *«die menschliche Gattung wird unvermeidlich degenerieren.»*

John Stuart Mill (1806–1873): Ohne oppositionelle Medien wird die menschliche Gattung degenerieren.

Politiker sind nur so gut wie die JournalistInnen!

(ktm) – Im Lichte des obigen Artikels wäre es ein schwerer Verstoss gegen die politische Satire, wenn die RA ihren LeserInnen die folgenden Zeilen aus dem kürzlichen Schreiben der Interessegemeinschaft Tele Oberwallis ans Bundesamt für Kommunikation (Bakom) vorenthalten würde: *«Nur die Medienvielfalt garantiert letztlich auch die Meinungsvielfalt und damit auch die Möglichkeit die Aufrechterhaltung und das Funktionieren der direkten Demokratie… Wer sonst als die Oberwalliser Medien nimmt sich den Sorgen und Nöten der Bevölkerung an… Das Oberwallis hat eine Medienvielfalt, die lebt und ein Spiegel der Gesellschaft ist.»* Hinter der IG Tele Oberwallis stehen WB, RZ, rro, VS 1 und VS 2.
Die Politik im Oberwallis ist tatsächlich ein Spiegelbild der Oberwalliser Medien. Wenn der WB immer wieder auf die ineffiziente Oberwalliser Politikerkaste einprügelt, sollte er eines nicht vergessen: Die Politiker sind nur so gut wie die JournalistInnen! Die Oberwalliser JournalistInnen tragen eine Mitverantwortung an der vielbejammerten Misere im Oberwallis und an der Tatsache, dass viele gut ausgebildete und kritische OberwalliserInnen aus der politischen Enge in die Grossstädte der Deutschschweiz abwandern.

Ausnützung der Notlage einer Patientin und Unterdrückung von Urkunden

Gefängnis für PZO-Chefarzt

Das ehemaliges Psychiatriezentrum Oberwallis: Hier arbeitete der ehemalige PZO-Chefarzt A. M. und kümmerte sich ein wenig zu intensiv für eine Patientin.

BRIG-GLIS – Der ehemalige Chefarzt A.M. des Psychiatriezentrums Oberwallis (PZO) wurde bereits vor einem halben Jahr zu acht Monaten verurteilt, weil er ein Verhältnis mit einer Patientin hatte. Erst auf Intervention der Roten Anneliese wurde vor einem Jahr der Untersuchungsrichter eingeschaltet und der Chefarzt durch den Verwaltungsrat des Gesundheitsnetz Wallis (GNW) fristlos entlassen. Vorher versuchte man den Fall unter den Tisch zu wischen.

VON KURT MARTI

Auf Anfrage bestätigt Untersuchungsrichter Marzel Ritz, dass der ehemalige PZO-Chefarzt A. M. zu acht Monaten Gefängnis bedingt auf zwei Jahre verurteilt wurde, und zwar wegen der Ausnützung einer Notlage einer Patientin, mit der er ein Liebesverhältnis hatte. Zudem hat der ehemalige Chefarzt laut Untersuchungsrichter Urkunden unterdrückt. Die Verurteilung erfolgte im juristischen Schnellverfahren per Strafbefehl, den der Untersuchungsrichter aussprechen kann, wenn der Sachverhalt klar vorliegt. Der ehemalige Chefarzt hat das Urteil nicht angefochten, womit dieses mittlerweile rechtskräftig ist. Erstaunlicherweise erfolgte die Verurteilung bereits am 5. September 2006 und liegt somit fast ein halbes Jahr zurück. Weder der Untersuchungsrichter, noch das Gesundheitsnetz Wallis fanden es für notwendig, die Öffentlichkeit über das Urteil zu informieren, obwohl die fristlose Entlassung und die Einleitung des Strafverfahrens vor einem Jahr grosses Aufsehen erregte.

Es war ein offenes Geheimnis, aber alle haben geschwiegen

Als die RA vor einem Jahr den Fall publizierte, lag das Verhältnis des Chefarztes mit einer Patientin schon rund zwei Jahre zurück. Obwohl die Eskapaden des Chefarztes im PZO und im Spitalzentrum Oberwallis (SZO) ein offenes Geheimnis waren, haben die Verantwortlichen und auch die übrigen PZO-Ärzte damals geschwiegen. Auch das Gesundheitsnetz Wallis (GNW) hat versucht, den Fall mit einem externen Gutachten unter den Tisch zu wischen.

Aufsichtsbeschwerde landete in der Schublade

In diese Zeit fällt ebenfalls eine Aufsichtsbeschwerde eines Assistenzarztes, der sich über die Zustände im PZO bei Staatsrat Thomas Burgener beschwerte. Die RA berichtete auch darüber, doch niemand reagierte auf die Missstände im PZO und die Führungsmängel des Chefarztes. Obwohl die RA mehrmals bei Staatsrat Burgener intervenierte, versorgte dieser die Beschwerde während zwei Jahren tief in der Schublade.

Der Verwaltungsrat der Walliser Kantonalbank (WKB): Wahl zum Vizepräsidenten war der bisherige Höhepunkt der Karriere von Albert Bass (3. v. rechts).

CSPO- Ständeratskandidat Albert Bass

Nicht das Gelbe vom Ei

NATERS – Der Berufsverwaltungsrat Albert Bass will in den Ständerat. Dafür ist er bereit, sein Vizepräsidium bei der Walliser Kantonalbank abzugeben, wie er gegenüber der RA bestätigte. Die RA hat sich in seinem Verwaltungsratsregister umgesehen und festgestellt, dass es für Bass nicht immer leicht war, den Überblick zu wahren.

VON KURT MARTI

Was die Anzahl der Verwaltungsratsmandate anbelangt, ist der Natischer Finanzberater Albert Bass der erfolgreichste Oberwalliser. Der bisherige Höhepunkt seiner Karriere ist das Jahr 2002, als er zum Vizepräsdienten der **Walliser Kantonalbank** aufstieg, nachdem er fünf Jahre in der Warteposition gelauert hatte. Bedeutende Mandate sind auch das VR-Präsidium der **Kraftwerke Mouvoisin** und des **Walliser Finanzkompetenzzentrums.** Den christlich-sozialen Anstrich liefern das **Altersheim St. Maria** und das **Atelier Manus.**

Es war für Bass nicht immer leicht, den Überblick über seine Verwaltungsratsliste zu wahren. Diverse Bemühungen waren von mässigem Erfolg geprägt. Das neuste Beispiel ist die Computerfirma **Dispatch X AG** in Sitten, welche unter dem VR-Präsidium von Albert Bass im Jahr 2002 gegründet wurde. Drei Jahre später wurde der Konkurs eingeleitet, welcher im März 2006 mangels Aktiven wieder aufgehoben wurde. Im Juni 2006 wurde die Firma gelöscht. Auf Anfrage der RA ärgert sich VR-Präsident Bass vor allem über *«die Blauäugigkeit von Staatsrat Jean-René Fournier»*, von dessen Departement er das Mandat zur Gründung der Firma hatte.

Schwierigkeiten in Genf und Zug

Kurz nachdem Bass im Herbst 1997 in den WKB-Verwaltungsrat gewählt wurde, sprang er als VR-Vize im Frühjahr 1998 noch rechtzeitig von Bord des sinkenden Schiffes mit dem Namen **Hofmann+Schneider Capital SA,** einer Finanzfirma in Genf, vorher im steuergünstigen Zug. Bereits wenige Monate später im September 1998 verfügte das Bezirksgericht Genf den Konkurs über die Firma mit einem beachtlichen Aktienkapital von 1,1 Millionen. Fast so schlimm erwischte es auch seine **AG für Finanz- und Handelgeschäfte** mit Sitz in Zug. Im Juli 2002 wurde die Firma mit einem Aktienkapital von 1,5 Millionen von Amtes wegen aufgelöst, weil sie kein Domizil hatte. Als der gesetzmässige Zustand wieder hergestellt war, wurde die Löschung widerrufen. Doch im Januar 2004 zogen wieder düstere Wolken auf und die Firma wurde von der UBS für mehrere hundert Tausend Franken betrieben. Es kam zur Konkurseröffnung und erst als der alleinige Verwaltungsrat Bass einen Teil der Forderungen beglich, wurde der Konkurs widerrufen.

Vom Verwaltungsrat zum Liquidator

Bereits 1994 gründete Bass die **Rhodan Textil AG** und die **Nico Textil AG** beide mit Sitz im Kanton Zug mit je einem Aktienkapital von 50 000 Franken. Der Zweck wird im Handelsregister mit *«Entwicklung und Vertrieb von Textilien, sowie Tätigung kommerzieller Handelsgeschäfte»* umschrieben. Im Mai 1999 wurden beide Firmen durch die Verfügung des Kantonsgerichtspräsidiums von Zug aufgelöst, und zwar wegen unterlassener Anpassung der Statuten an die Kapitalbestimmungen des neuen Aktienrechtes. Fünf beziehungsweise zwei Jahre später wurden die Firmen mangels Aktiven von Amtes wegen gelöscht. Ebenfalls bachab ging die **AB Transtex Versand AG** in Naters, welche 1995 durch den einzigen Verwaltungsrat Albert Bass gegründet wurde. Bereits 1998 wechselte Bass seine Funktion vom Verwaltungsrat zum Liquidator. Im Jahr 2001 verschwand die Firma von der Erdoberfläche. Auch bei der **Buchdruckerei Oberwallis** in Naters musste Bass 1995 den Hut des Verwaltungsrates alsbald mit dem Liquidator tauschen, worauf die Genossenschaft im Jahr 2000 nach beendigter Liquidation gelöscht wurde. Das gleiche Schicksal ereilte im Jahr 2001 die **Idealdruck Brutsche AG.** Erneut verwandelte sich Bass vom Verwaltungsrat zum Liquidator, worauf die Gesellschaft gelöscht wurde.

Seilbahn-Träume stürzten in die Massaschlucht

Nicht optimal verlief auch die Aktion **Haus der Wirtschaft.** Zunächst trat Bass in der RZ als Promotor auf, hatte aber nie ein VR-Mandat oder eine finanzielle Beteiligungen. Das Haus der Wirtschaft ging bekanntlich in Konkurs, worauf der Kanton IHG-Darlehen in Millionenhöhe verlustig ging. Und wer erinnert sich noch an die italienische Firma **Grandalp SA,** deren Vertreter durch das Büro von Albert Bass gingen und die nachher mehrere bekannte Restaurantbetriebe in den Ruin trieben. Im Mai 2006 verhängte das Bezirksgericht von Lugano den Konkurs über die Firma, welche drei Monate später mangels Aktiven gelöscht wurde. Buchstäblich am Seil heruntergelassen wurde die fantastische **Seilbahnverbindung Belalp-Riederalp.** Zunächst wurde diese anlässlich einer grandiosen Pressekonferenz in Zürich angekündigt. Dabei hatte Bass und seine Co-Promotoren vergessen, die geltende Umweltschutzgesetzgebung genauer zu studieren. Als die *Rote Anneliese* einen entsprechenden Warnschuss abgab, stellte sich Bass taub. Später brachte die Vormeinung des Bundesamtes für Verkehr (BAV) den Totalabsturz des schönen Vogels in die Massaschlucht. Seither herrscht einsame Ruhe.

Kirchturmpolitiker René Imoberdorf: Wirkkreis vom Baggersee bis zur KVA

René Imoberdorf hat sich als Gemeindepräsident von Visp bewährt. Unter seiner Präsidentschaft hat Visp die Filetstücke des Spitalzentrums Oberwallis und den neuen SBB-Bahnhof abgeholt. Doch der Einflussbereich von Imoberdorf beschränkt sich auf die Zone zwischen dem Rarner Baggersee bis zur Kehrichtverbrennungsanlage in Gamsen. Weiter oben und weiter unten fällt sein Bekanntheits- und Wirkungsgrad steil wie eine Gaussche Glockenkurve ab.

René Imoberdorf und Rolf Escher: Die Messlatte liegt tief.

Eine Interpellation und eine Anfrage in drei Jahren

Für jene, die es nicht wissen, Imoberdorf vertritt den Bezirk Visp im Grossen Rat. Dort fällt er besonders durch seine Zurückhaltung auf. In den letzten drei Jahren brachte er es auf eine einzige Interpellation und einzige Anfrage. Hinzukommen bloss vier Wortmeldungen. Damit liegt er unter den Oberwalliser Grossräten auf dem zweitletzten Platz. Wenn seine Schüler in der OS Brig ebenso wenig die Hand strecken, ist sein Unterricht ein totaler Monolog. Seine parlamentarische Bilanz zeigt, dass er ein würdiger Nachfolger von Rolf Escher werden könnte. Dieser brachte es in acht Jahren im Ständerat in Bern auf bloss fünf Vorstösse. Nachdem die Rote Anneliese seine damalige Nullbilanz öffentlich machte, schritt er gleich zur Tat und reichte einen Vorstoss ein, der sich nachträglich als Rohrkreppierer herausstellte, weil Escher sich nicht mit dem Walliser Staatsrat abgesprochen hatte.

Baupläne in Selkingen: Schweizer Presserat bestätigt die Fakten – Aber die RA hätte den Promotor ein zweites Mal anhören müssen!

PR-Kultur contra kritischen Journalismus

BERN/OBERWALLIS – Der Schweizer Presserat, das Kontrollorgan der Schweizer Medienschaffenden, hat zu zwei Artikeln der Roten Anneliese (Nr. 191 und 193) Stellung genommen. Er bestätigt, dass die Rote Anneliese die Sachverhalte korrekt dargestellt hat. Hingegen ist der Presserat der Meinung, die RA hätte den Promotor ein zweites Mal anhören müssen und vertritt damit eine PR-Kultur, die dem kritischen Journalismus die Luft abschneidet.

Logo des Schweizer Presserates: Den Bogen ganz offensichtlich überspannt.

VON KURT MARTI

Der Gommer Promotor Wolf Tilman Ihm, welcher in Selkingen eine Überbauung plant, hat sich beim Schweizer Presserat beschwert, die RA habe wahrheitswidrig über sein Projekt berichtet und überdies das Anhörungsrecht bei schweren Vorwürfen verletzt. Den Vorwurf der Wahrheitswidrigkeit hat der Presserat in seiner Stellungnahme ausführlich abgewiesen. Es war laut Presserat korrekt, wenn die RA geschrieben hat, der Leistungsausweis des Promotors bleibe im Dunkeln, der Promotor sei offenbar knapp bei Kasse und das Projekt sei mit einem hohen wirtschaftlichen Risiko verbunden.

Hingegen ist der Schweizer Presserat der Meinung, die RA hätte den Promotor zum schweren Vorwurf des *«Risiko eines Totalverlustes»* und den *«schweren Bedenken zur Person»* ein zweites Mal anhören müssen. Die RA weist diese Rüge als Teil einer grassierenden PR-Kultur zurück und zwar aus folgenden Gründen:

- **Schwere Bedenken zur Person:**
  Vor dem Erscheinen des ersten Artikels im Februar 2006 hat die RA zwei Stunden mit dem Promotor im Restaurant Commerce gesprochen. Dabei hat der Promotor genaue Angaben über seinen Werdegang verweigert. Er hat der RA verschwiegen, dass seine bisherigen zwei Firmen in Konkurs gingen und zunächst von seinen *«kleinen, aber feinen»* Aktiengesellschaften geschwärmt. Erst als die RA die beiden Handelsregisterauszüge präsentierte, hat er den Konkurs bestätigt. Seine Stellungnahme zum Lebenslauf und zu den Konkursen wurden in der RA zitiert.
- **Risiko eines Totalverlustes:**
  Die RA hat im Artikel vom Juni 2006 nirgends von einem Risiko eines *«Totalverlustes»* gesprochen. Diese Schlussfolgerung zieht der Presserat selbst. Es ist geradezu grotesk, wenn der Presserat für seine eigene Einschätzung die RA verantwortlich machen will. Die RA hat die Meinung vertreten, dass im Falle eines möglichen Konkurses die Eigentümer gezwungen sein werden, ihre Grundstücke als Sacheinlage in eine Aktiengesellschaft einzubringen. Eine Sacheinlage ist aber kein Totalverlust. Zudem hat der Promotor selbst vor dem hohen Risiko und der fehlenden Nachfrage gewarnt.
- **PR-Kultur verinnerlicht:**
  Das Szenario *«Sacheinlage in eine Aktiengesellschaft»* war klar als Meinung und Hypothese formuliert. Wenn der Presserat der Ansicht ist, die RA müsse auch noch ihre eigene Meinung zur Stellungnahme unterbreiten, dann überspannt er den Bogen ganz offensichtlich. Mit solchen Forderungen festigt der Presserat eine Medienkultur, welche immer mehr von den PR-Abteilungen dominiert wird. Ein kritischer Journalismus wird damit zu Tode geritten, und zwar ausgerechnet von Mitgliedern des Schweizer Presserates, die als JournalistInnen nicht mehr klar zwischen Journalismus und PR unterscheiden und zudem den Begriff der *«kritischen Recherche»* nur noch aus dem Lehrbuch kennen.

Untersuchungsrichter lässt Bischof Norbert Brunner und Benno Tscherrig laufen – RA-Redaktor muss vor den Richter

Ein Fall politischer Justiz

OBERWALLIS –Untersuchungsrichter Bernhard Tenud hat die Strafanzeige der Roten Anneliese gegen Bischof Norbert Brunner und Benno Tscherrig wegen möglicher Nötigung der Klosteroberin von Unterems abgewiesen. Andererseits kommt die Ehrverletzungsklage von Benno Tscherrig gegen RA-Redaktor Kurt Marti demnächst vor den Richter. Ein Fall politischer Justiz.

RA – Nachdem RA-Redaktor Kurt Marti eine Strafanzeige gegen den Bischof und Benno Tscherrig eingereicht hatte (*siehe Kasten*), wurde die Oberin des Klosters Unterems von der Polizei befragt. Auf die Frage, ob sie sich als Opfer allfälliger Nötigungen fühle, bestätigte sie den schon früher ausgesagten Sachverhalt: Der Artikel der *Roten Anneliese* über die Freistellung der zwei Klosterfrauen entspreche den Tatsachen. Trotzdem habe sie sich vom Artikel distanziert, weil der Bischof sie dazu angewiesen habe: *«Meine Befürchtung war, dass wenn ich die Weisung des Bischofs nicht befolge, dies eventuell Nachteile für die Schwesterngemeinschaft ergeben könnte. Und zwar in Bezug auf das Schreiben von Benno Tscherrig vom 29. November 2004, worin er festhält: ‚Der Stiftungsrat wird die Konvention im Lichte dieser Ereignisse behandeln.' Unter Berücksichtigung der Anweisung des Bischofs habe ich mich korrekt ausgedrückt: ‚Unter Druck gesetzt gefühlt'.»* Zwar habe der Bischof ihr nicht explizit mit Konsequenzen gedroht, aber der erwähnte Satz von Benno Tscherrig habe bei ihr *«eingeschlagen. Und dies im Sinne einer klaren Drohung.»* Sie habe *«damals keine andere Wahl»* gehabt.

Höchst erstaunliche Schlüsse des Untersuchungsrichters

Im Artikel 181 des Schweizerischen Strafgesetzbuches steht: *«Wer jemanden durch… Androhung ernstlicher Nachteile … nötigt, etwas zu tun, zu unterlassen oder zu dulden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.»* Aus den Aussagen der Oberin geht klar hervor, dass sie sich unter Druck gesetzt fühlte und die Distanzierung auf Anweisung des Bischofs geschrieben hat, weil sie *«Nachteile für die Schwesterngemeinschaft»* befürchtete. Zwar hat der Bischof ihr nicht mit Konsequenzen gedroht, aber das war auch nicht nötig, denn er wusste vom Inhalt des Schreibens von Tscherrig und in welcher Zwickmühle sich die Oberin befand. Polizeiinspektor F. zog aus den Feststellungen der Oberin den höchst erstaunlichen Schluss: *«Die Oberin fühlt sich selbst nicht als Nötigungsopfer.»* Auch Untersuchungsrichter Tenud schloss sich dieser Folgerung an und verzichtete sogar auf die Einvernahme von Benno Tscherrig und dem Bischof. Er begründet seinen Entscheid mit einer weiteren Aussage der Oberin, sie wäre nie auf den Gedanken gekommen, eine Strafanzeige wegen Nötigung einzureichen, weil ihr der Ausdruck Nötigung *«damals nicht geläufig»* war. Aber Nötigung ist ein Offizialdelikt. Entscheidend ist die Aussage der Oberin und nicht, ob sie den juristischen Begriff gekannt hat. Zudem sollte doch klar sein, dass die Oberin keine Strafanzeige gegen ihre Vorgesetzten machen konnte. Staatsanwalt Ferdinand Schaller legte keine Berufung beim Kantonsgericht ein.

Unzulässige Wortakrobatik führt bis vor den Richter

Einen ganz anderen Massstab hat Untersuchungsrichter Tenud im Strafverfahren gegen RA-Redaktor Kurt Marti angewandt (*siehe Kasten*). Nur weil der Kläger Benno Tscherrig wider jede Wortlogik behauptet, *«feuern»* bedeute dasselbe wie *«fristlos entlassen»*, läuft seit über zwei Jahren ein ausgewachsenes Strafverfahren. Dabei würde ein Blick in den Duden oder in die Zeitungen genügen, um festzustellen, dass *«feuern»* heutzutage generell im Sinne von *«entlassen»* gebraucht wird.

Chronologie der Ereignisse:

- **Frühjahr 2004:** Zwei Klosterfrauen werden mit sofortiger Wirkung von ihrem Dienst im Altersheim Unterems freigestellt.
- **November 2004:** In der RA erscheint dazu ein Artikel mit dem Titel: *«Benno Tscherrig feuert Klosterfrauen!»*
- **Dezember 2004:** Nach Erscheinen des Artikels stellt Benno Tscherrig die Klosteroberin zur Rede. Auf Anweisung des Bischofs distanziert sie sich gegen ihre eigene Überzeugung vom RA-Artikel.
- **Februar 2005:** Benno Tscherrig reicht eine Strafklage gegen RA-Redaktor Kurt Marti ein. Er behauptet zunächst faktenwidrig, die RA habe geschrieben, die zwei Klosterfrauen seien *«fristlos entlassen»* worden. Dann erst behauptet er, der Begriff *«feuern»* bedeute dasselbe wie *«fristlos entlassen»*.
- **Frühjahr 2005:** Die Klosteroberin sagt aus, dass der Artikel in der RA den Tatsachen entspricht und dass sie sich vom Artikel distanziert habe, weil der Bischof sie dazu angewiesen habe. Sie fühlte sich von Tscherrig unter Druck gesetzt und befürchtete Nachteile für das Kloster.
- **Herbst 2005:** Untersuchungsrichter Bernhard Tenud eröffnet ein Strafverfahren gegen RA-Redaktor Kurt Marti.
- **Januar 2006:** RA-Redaktor Kurt Marti reicht Strafanzeige gegen Bischof Norbert Brunner und Benno Tscherrig ein.
- **Mai 2006:** Die Klosteroberin bestätigt ihre erste Aussage.
- **Oktober 2006:** Untersuchungsrichter Tenud überweist die Ehrverletzungsklage gegen die RA dem Bezirksrichter.
- **November 2006:** Die Strafanzeige gegen Tscherrig und den Bischof wird abgewiesen.

Grosser Rat: Effizienz und Transparenz bleiben Schlagworte

Hürdenlauf für ein Walliser Informationsgesetz

SITTEN – Im Jahre 2002 hinterlegte die SPO eine Motion zur Schaffung eines kantonalen Informationsgesetzes. Damit sollte gesichert werden, dass die Öffentlichkeit inklusive Medien aktiv, schnell und umfassend über die administrativen Tätigkeiten informiert werden und alle BürgerInnen Zugang zu amtlichen Dokumenten erhalten, sofern die Anfrage nicht gegen den Datenschutz verstösst. Die Motion wurde angenommen und das Gesetz sollte auf Anfang 2005 in Kraft treten. Lange wurde der Entwurf des Gesetzes schubladisiert, nun soll es mit dem Datenschutzgesetz fusioniert werden. Durch diese erneute Hürde wird es wieder Jahre dauern, bis das Gesetz endlich in Kraft tritt.

Öffentlichkeitsgesetz versenkt:
Heimlichtuerei und Willkür gehen weiter

VON SUSANNE HUGO-LÖTSCHER

Gerne und oft wird im Grossen Rat und von Seiten des Staatsrates mit den Wörtern *«Effizienz»* und *«Transparenz»* geglänzt. Doch die Absender dieser Worte halten nicht, was sie da so vollmundig versprechen. Ein typisches Beispiel ist der Entwurf des Gesetzes über die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu Dokumenten. Was in anderen Kantonen bereits über 10 Jahre eine Selbstverständlichkeit ist (z. B. im Kanton Bern seit 1995 / www.sta.be.ch), erweist sich im Kanton Wallis als ein zäher Brocken. In der Zwischenzeit geht die Geheimniskrämerei in den Amtsstuben weiter, die Willkür bei der Herausgabe von Dokumenten kann sich weiterhin behaupten und die Justiz wartet immer noch auf verbindliche und klare Regelungen in Bezug auf die Herausgabe von Informationen.

Der Hürdenlauf eines Gesetzes, das eigentlich von (fast) allen gewollt wird:

1. Hürde

Am 12.September 2002 hinterlegt die SPO-Fraktion eine Motion für die Schaffung des Gesetzes über die Information der Bevölkerung.

2. Hürde

Am 4. Februar 2003 wird im Grossen Rat über die Motion diskutiert. Vor allem die CVP Unterwallis wehrt sich gegen den Einblick des Volkes in die Staats- und Gemeindeangelegenheiten. Dank der Unterstützung der damaligen Justizkommission wird die Motion mit 57 Ja zu 41 Nein mit 6 Enthaltungen an den Staatsrat überwiesen. In der Maisession 2003 wird die Motion vom Staatsrat und dem Grossen Rat definitiv angenommen.

3. Hürde

Ende 2003 geht die Idee für ein Öffentlichkeitsgesetz in die Vernehmlassung.

4. Hürde

Ab Januar 2004 arbeitet eine ausserparlamentarische Kommission in monatelanger Arbeit einen Entwurf aus. Dieser Entwurf wird an einer Medienorientierung am 26. August 2004 vorgestellt. Noch spricht man davon, dass das Gesetz im Januar 2005 in Kraft treten soll.

5. Hürde

Der Entwurf geht in die breite Vernehmlassung. Parteien, Gemeinden und interessierte Kreise können ihre Anmerkungen, Bedenken und Kritik gegenüber dem Entwurf einbringen. Der Staatsrat soll diese Bedenken im Gesetz mit einbeziehen und dann im Dezember den überarbeiteten Entwurf dem Grossen Rat vorlegen.

6. Hürde

Was dem Grossen Rat vorgesetzt werden sollte, um bald in Kraft zu treten, verschwindet in einer staatlichen Schublade.
Am 11. April 2006 erkundigt sich die SPO nach dem Verbleib des Gesetzes, welches der Staatsrat selber als ein Ziel in seinen Richtlinien aufgeführt hatte.

7. Hürde

Ende 2006 wird der Gesetzesentwurf von der thematischen Kommission für Institutionen und Familienfragen beraten – und an den Staatsrat zurückgewiesen. Begründung: man sei zwar einstimmig für das Öffentlichkeitsprinzip, aber das Gesetz solle mit dem zu überarbeitenden Datenschutzgesetz kombiniert werden. Die Mehrheit (8:5) der Kommission folgt dieser Idee und verzichtet auf Eintreten auf das ausgearbeitete Informationsgesetz.

8./9./10. … Hürde

Die ganze Prozedur beginnt von Neuem! Nun muss ein neues kombiniertes Gesetz ausgearbeitet werden, welches sowohl die Informationspflicht wie auch den Datenschutz regelt. Das heisst, dass wiederum einige Jahre ins Land ziehen, bis dann tatsächlich ein Informationsgesetz im Kanton Wallis vorhanden sein wird.

Fazit: Währenddem in anderen Kantonen die Bevölkerung bereits seit Jahren von klaren und verbindlichen Regelungen in Sachen Information und Zugang zu amtlichen Dokumenten profitieren kann, werden im Kanton Wallis für dasselbe Anliegen bis zu 10 Jahre verstreichen, bis es soweit ist. Wer da noch von Transparenz und Effizienz redet, belügt sich selbst!

Auch der Bund kennt das Öffentlichkeitsprinzip

«Per 1. Juli 2006 ist das Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz, BGÖ) in Kraft getreten. Danach hat jede Person Anspruch auf Zugang zu amtlichen Dokumenten der Bundesverwaltung, sofern nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen einer Veröffentlichung entgegenstehen. Dieser Anspruch besteht unabhängig von Nationalität oder Wohnsitz der Gesuchstellenden; auch muss kein spezieller Grund angegeben werden.» www.admin.ch/ch/d/sr/c152_3.html

Pumpspeicherkraftwerke: Fragwürdige Investition für das Wallis

Geldspeicher für die Strombarone

WALLIS – Trotz ständiger Warnung vor der drohenden Stromlücke werden Pumpspeicherkraftwerke auch im Wallis geplant. Fasziniert vom schnellen Profit verheimlicht die Stromwirtschaft, dass die Pumpspeicherwerke 25 Prozent des ursprünglichen Stroms vernichten und damit den Bau neuer Grosskraftwerke fördern. Für die Stromkonzerne ein gutes Geschäft, für das Wallis von zweifelhaftem Nutzen.

VON SABINE VON STOCKAR*

Die Stromproduzenten und das Bundesamt für Energie (BFE) malen in letzter Zeit eine drohende Stromlücke an die Wand. Pumpspeicherkraftwerke werden in dieser Stromlückenrechnung offenbar übersehen. Obwohl sie 25 Prozent des Stroms vernichten und damit die Stromlücke massiv vergrössern, planen und bauen die Stromkonzerne in der ganzen Schweiz Pumpspeicheranlagen im grossen Stil. Im Wallis sind derzeit zwei grössere Anlagen projektiert: Nant de Dranse bei Emosson und Argessimo im Oberems.

Strom für 775 000 Haushalte wird in Zukunft vernichtet

Schon heute wird in der Schweiz rund ein Prozent des Schweizer Stromverbrauchs durch die Pumpspeicherung vernichtet. Werden alle momentan in der Schweiz geplanten Pumpspeicherkraftwerke gebaut, würde sich im Vergleich zu heute die Stromvernichtung auf 3100 GWh vervierfachen, was dem gigantischen Stromverbrauch von 775 000 Haushalten entspricht, das heisst ein Viertel aller Schweizer Haushalte. Das Pumpen ist dank dem internationalen Stromhandel zum grossen Geschäft geworden. Bei geringer Nachfrage wird Wasser mit billigem Strom hochgepumpt und in Zeiten grosser Nachfrage zu Spitzenpreisen wieder turbiniert und exportiert. Innert weniger Stunden fahren die Strombarone saftige Gewinne ein. Diese Stromveredelung ist jedoch von der Höhe der Preisdifferenzen abhängig. Gemäss einer ETH-Studie sind Pumpspeicherkraftwerke je nach Marktentwicklung langfristig keine Goldesel mehr.

Pumpspeicherung schafft Konkurrenzvorteile für AKWs

Der Strom für die Pumpspeicherung stammt heute hauptsächlich aus umweltschädlichen Kohle- und Atomkraftwerken. Weil diese rund um die Uhr laufen, liefern sie auch dann Strom, wenn die Nachfrage und die Preise tief sind. Im Verbund mit der Pumpspeicherung können sie diesen «Fleischkäse»-Strom zu teurem «Filet»-Strom veredeln. Folglich helfen die Pumpspeicherwerke mit, die Grosskraftwerke rentabler zu machen. Angekurbelt von der Stromwirtschaft entsteht somit eine umweltschädliche Abhängigkeit zwischen Gross- und Pumpspeicherkraftwerken. Der Stromverbrauch nimmt wegen der Stromvernichtung durch die Pumpspeicherung zu, die Stromlücke wird grösser und es entsteht ein Sachzwang für den Bau von zusätzlichen Gas- und Atomkraftwerken. Ein gutes Geschäft für die grossen Stromkonzerne, der Todesstoss für die neuen erneuerbaren Energien und die Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz.

Grimsel-Stausee: Der Pumpbetrieb wird zu einem ständigen Absenken und Anheben des Seespiegels führen.

Wasserschloss Wallis verbaut sich Wasserzins-Koalition

Für die geplanten Pumpspeicherwerke im Wallis ist eine kantonale Abgabe vorgesehen. Ausserdem bringt der Kraftwerkausbau Hunderte von Millionen Franken für die Walliser Bauwirtschaft. Doch der massive Ausbau bringt auch Nachteile: Zusätzliche Stromleitungen verschandeln die Landschaft und die Wasserkraft wird in Zukunft durch den Bau neuer Atom- und Gaskraftwerke konkurrenziert. Zudem schadet die Pumpspeicherung dem Öko-Image der Wasserkraft. Wenn das Wallis zur Zeit eine Wasserzinserhöhung anstrebt, steht der Ausbau der Pumpspeicherung völlig quer in der Landschaft: Eine Wasserzinserhöhung ist im Nationalrat nur dank einer Koalition mit den grünen und linken Parteien politisch durchsetzbar. Eine solche Koalition ist jedoch ausgeschlossen, wenn das Gebirge zunehmend zur Speicherung umweltschädlichen Stroms herhalten muss.

Die nächste Stromschwemme ist in Sicht

In den 70- und 80-Jahre hat die Stromlobby mehrmals vor einer Stromlücke gewarnt, wenn nicht zehn Atomkraftwerke gebaut werden. Schlussendlich wurden «nur» fünf Atomkraftwerke gebaut. Mitte der 90-er Jahre schwamm ganz Europa im Strom und die Preise sanken in den Keller. Das Bundesamt für Energie (BFE), das vorher immer das Stromlücken-Lamento der Stromlobby mitgesungen hatte, liess teure Studien zu den nichtamortisierbaren Investitionen (NAI) ausarbeiten. Vom Lamento der Stromlücke verfielen die Stromwirtschaft und das BFE nahtlos ins Lamento der Stromschwemme.

Es ist unschwer zu erkennen, dass wir heute wieder in der Phase des Lücken-Lamentos sind. Doch schon zeichnet sich die Stromschwemme ab. Ein Blick über den Simplon nach Oberitalien genügt. Dort sind bereits mehrere Gaskraftwerke der Atel in Betrieb. Die Axpo und die BKW ziehen demnächst nach. Auch in der Schweiz sollen mehrere Gaskraftwerke und Atomkraftwerke gebaut werden, wenn es nach dem Willen des Bundesrates geht. Wenn der europaweite Grosskraftwerksausbau so weitergeht, ist in zehn Jahren erneut mit einer Stromschwemme zu rechnen. Die Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) wird dann ihre Bandenerige wieder unter den Produktionskosten verkaufen müssen und der Kanton kann wieder finanziell einspringen.

* *Sabine von Stockar ist Projektleiterin Atomenergie bei der Schweizerischen Energie-Stiftung SES in Zürich*

KOLUMNE:

Schulreform:

Schluss mit dem Überfluss, zurück zum Wesentlichen!

VON KURT MARTI

Was für ein Fortschritt! Als ich in den 60- und 70-er-Jahren in die Primar- und Sekundarschule ging, hatten wir sehr dünne Lehrbücher, in denen aber das Wichtigste in übersichtlicher Kürze drinstand. Am Schluss konnten wir einigermassen gut Rechnen, Lesen und Schreiben. Ein Vierteljahrhundert hat genügt, damit ein Heer von Hochschulpädagogen die Schulbücher und Lehrpläne mit überflüssigem Stoff voll gestopft haben. Die Schule braucht eine inhaltliche Reform. Der Schulstoff muss sich auf das Wesentliche konzentrieren und die Unterrichtsmethoden müssen klarer und einfacher werden.

Mathematik:

Statt den Schulkindern die wesentlichen Grundkenntnisse klar und deutlich zu vermitteln und ihnen dadurch Sicherheit in der Anwendung zu geben, werden die PrimarschülerInnen heute mit Operatoren, Umkehr-Operatoren, Matrixen und einem Dutzend verschiedenen Lösungsvarianten durcheinander gebracht. Es ist erstaunlich, wie schnell hier universitäres Spezialwissen bis auf die unterste Schulstufe durchgesickert ist. Ich habe den ersten Operator im 1. Semester der Mathematikvorlesungen an der Uni gesehen. Mit den heutigen Lehrmitteln auf Primar- und Sekundarstufe wollen die einstigen Hochschulabgänger vor allem eines zeigen: Sie haben an der Uni viel gelernt!

Französisch und Englisch:

Auch hier haben sich offenbar die allerneusten Erkenntnisse der universitären Sprachforschung durchgesetzt. Bevor die SchülerInnen überhaupt zum Lernen kommen, müssen sie sich durch ein kompliziertes System kämpfen. Früher wusste man, die Wörter muss man mündlich und schriftlich können. Heute sind die Wörter zusätzlich mit Zeichen versehen, die angeben, ob das Wort zum Lernprogramm gehört, ob man es jetzt oder erst später lernen muss, ob man es überhaupt lernen muss, ob es jetzt bloss mündlich zu können ist, ob es von jetzt an mündlich anzuwenden und zu verstehen ist und ob es von jetzt an richtig zu schreiben ist. Das Motto lautet: Wenn du die SchülerInnen nicht überzeugen kannst, dann verwirre sie.

Hoch-Deutsch:

Hunderttausende von Deutschen zieht es gegenwärtig in die Schweiz und sie geben viel Geld für Kurse aus, in denen sie mühsam Schwyzerdütsch lernen. In den Walliser Primar- und Sekundarschulen hingegen wird den Kindern der letzte Rest einer echten Walliserdeutschen Betonung herausgehobelt. Sie dürfen das «r» nicht mehr rollen und das «ch» darf nicht mehr kratzen. Dieser Blödsinn war vor 30 Jahren erst bis ins Kollegium Spiritus Sanctus vorgedrungen, wo ein damals frischgebackener Uniabgänger seine Erkenntnisse mit grosser Überzeugung zum Besten gab. Mit Verweis auf den weltberühmten Schriftsteller aus Konolfingen und dessen urchiges Hochdeutsch habe ich mich damals diesem Irrwitz verweigert und die Gommer «r» und «ch» extradick aufgetragen.

Deutsche Grammatik:

Auch im Deutschunterricht wird hauptsächlich dem Theoretisieren gefrönt, statt dass die SchülerInnen gut schreiben lernen. In den letzten 30 Jahren hat sich das Uni-Wissen auch hier immer mehr in die Schulbücher eingeschlichen. Beispielsweise müssen sich die SekundarschülerInnen stundenlang mit sogenannten «Propositionen» herumschlagen, ohne dass jemand genau weiss, wozu dieser höhere Blödsinn gut ist.

Natur:

«Es ist alles so schön bunt hier, ich kann mich gar nicht entscheiden,» hat Nina Hagen einmal gesungen. Das ist heute exakt das Motto der Lehrmittel und Lernpläne in den Fächern über die Natur. Weil die Lehrpersonen mit den Lehrmitteln offenbar auch nicht zufrieden sind, kommt noch ein Übungsheft hinzu, wo die SchülerInnen immer anders strukturierte Blätter hineinkleben, welche die Lehrperson in anderen Büchern herauskopiert haben und welche viel unnötiges Balastwissen beinhalten. Dasselbe gilt für die Religion und die Musik: Müssen PrimarschülerInnen wirklich auswendig lernen, wie der Vater von Mozart geheissen hat? Und ist es wirklich nötig, dass die Firmlinge das Glaubensbekenntnis an *«die heilige katholische Kirche»* nachplappern können?

Noten:

Eigentlich sollten Noten zur Motivation der SchülerInnen da sein. Heute ist das Gegenteil der Fall: In der Primarschule wird zunächst ein unrealistisches Wohlfühl-Klima vermittelt, welches auf der Sekundarstufe in ein knallhartes Notenregime umschlägt. Weil der Übertritt ins Kollegium mit einer 4 möglich ist, werden die Notendurchschnitte in der Sekundarschule künstlich auf das Intervall von 4 und 4,5 hinuntergedrückt. Ein Teil der SchülerInnen hängt immer über dem Abgrund. Mit Ängsten fördert man keine Motivation, viel mehr werden die SchülerInnen in ein repressives Regime hineingezwängt, das im späteren Berufsleben seine Fortsetzung findet. Die Gesellschaft ist das Abbild der Schule und umgekehrt.

Bundesrat: Schaulaufen für die Stromlobby?

Energie- und Klimapolitik: Stromlobby hat schon entschieden – Bundesrat erledigt die PR-Aufgaben

Wer regiert eigentlich den Augiasstall Schweiz?

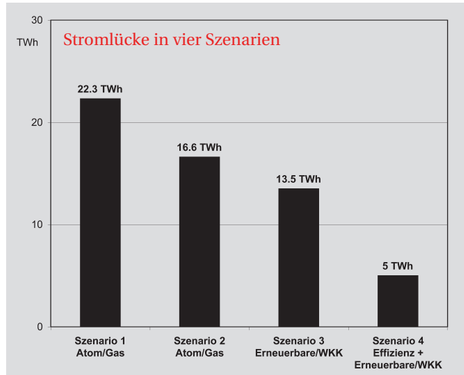
BERN – Der Bundesrat ist im Interesse der Energielobby vorgeprescht und will neue Atom- oder Gaskraftwerke bauen, obwohl in seinen Schubladen der Expertenbericht «Energieperspektiven 2035» lagert. Gemäss diesem noch nicht veröffentlichten Bericht – welcher der RA vorliegt – ist die einzig wirksame Klimapolitik nur ohne Atom- und Gaskraftwerke möglich. Doch die Stromwirtschaft hat die Weichen längst in Richtung Atom- und Gaskraftwerke gestellt. Der Bundesrat funktioniert bloss als PR-Abteilung. Es stellt sich die alte Frage: Wer regiert eigentlich den Augiasstall Schweiz?

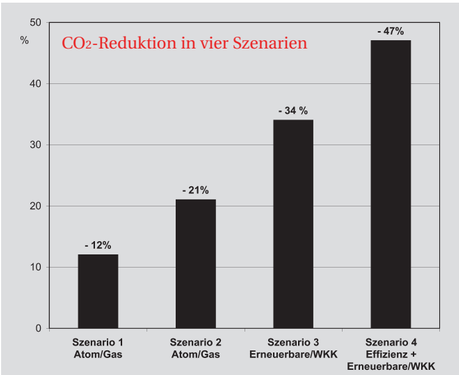
VON KURT MARTI

Energieminister Moritz Leuenberger schlägt den Bau mehrerer Gaskraftwerken vor. Seine bürgerlichen Kollegen Hans-Rudolf Merz, Christoph Blocher, Pascal Couchepin und Samuel Schmid schlagen scheinheilig die Hände über dem Kopf zusammen und verweisen auf den hohen CO_2-Ausstoss und die Klimaerwärmung, obwohl sie bis jetzt eine wirksame CO_2-Abgabe torpediert haben. Jetzt wollen sie neue Atomkraftwerke bauen. Die Energiewirtschaft kann sich selbst beglückwünschen: Der Bundesrat funktioniert besser als ihre eigenen PR-Abteilungen.

Stromwirtschaft trifft die energiepolitischen Entscheidungen

Während der Bundesrat die PR-Aufgaben erledigt, stellt die Stromwirtschaft die Schweizer BürgerInnen vor vollendete Tatsachen. Die EOS (Energie Ouest Suisse) hat ein Baugesuch für ein Gaskraftwerk in Chavalon im Unterwallis eingereicht. Die BKW will zwei Gaskraftwerke in Utzensdorf und Cornaux bauen. Viel weiter sind die Schweizer Stromproduzenten im Ausland. Mit den Milliardengewinnen aus unseren Stromrechnungen stampfen sie in Italien, Frankreich und in den Ostländern massenweise Gaskraftwerke aus dem Boden. Allein die Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) produziert im Ausland – hauptsächlich im oberitalienischen Raum – schon heute fast so viel Strom wie alle Walliser Wasserkraftwerke zusammen. Gleich im Dutzend planen die Bernischen Kraftwerke BKW und die Axpo weitere Gaskraftwerke in ganz Europa. Nicht der Bundesrat und nicht das Parlament und nicht die Schweizer Bevölkerung treffen die energiepolitischen Entscheidungen, sondern die Manager der grossen Stromkonzerne, welche zu 80 Prozent in öffentlicher Hand sind. Wenn der Bundesrat sich für neue Gas- und Atomkraftwerke ausspricht, dann plappert er bloss nach, was in den Etagen der Stromwirtschaft schon längst entschieden ist.





Grotesk: Bundesrat lässt die Experten im Sandkasten üben

Deshalb mutete es geradezu grotesk an, wenn der Bundesrat seit drei Jahren unzählige Energieexperten an den *«Energieperspektiven 2035»* arbeiten lässt. Diese teure Sandkastenübung, welche sich übrigens alle 10 Jahre wiederholt, hätte man sich sparen können. Im noch unveröffentlichten Schlussbericht wurden vier verschiedene Szenarien mit unterschiedlichen politischen Massnahmen durchgerechnet (siehe Kasten). Was den Klimaschutz betrifft, ist nur das Szenario 4 realistisch (siehe Grafik). Die Energiewirtschaft und auch der Bundesrat haben sich mit ihrer Offensive für Atom- und Gaskraftwerke bereits vor Erscheinen des Expertenberichtes für die beiden ersten Szenarien entschieden, welche keinen wirksamen Klimaschutz bieten, sondern durch massive Überproduktion zur Energieverschwendung anstiften. Auch die erneuerbaren Energien haben dadurch das Nachsehen. Die Frage *«Wer regiert eigentlich den Augiasstall Schweiz?»* kann klar und deutlich beantwortet werden: Die Energie-Lobbyisten und die Manager.

Die vier Energieszenarien:

- **Szenario 1** geht davon aus, dass keine zusätzlichen energiepolitischen Massnahmen getroffen werden. *«Weiter wie bisher»* ist das Motto. Die Stromlücke beträgt im Jahr 2035 gigantische 22,3 Terawattstunden (TWh) (siehe Grafik). Das ist ungefähr ein Drittel der heutigen Stromproduktion der Schweiz und muss laut Expertenbericht durch den Bau von neuen Atom- und/oder Gaskraftwerke geschlossen werden. Die CO_2-Reduktion beträgt mickrige 12 Prozent.
- **Szenario 2** bringt minime zusätzliche Massnahmen, woraus im Jahr 2035 eine etwas kleinere Stromlücke von 18,6 TWh resultiert, welche ebenfalls durch Atom- und Gaskraftwerke gedeckt werden soll. Zum Vergleich: Alle Walliser Wasserkraftwerke produzieren rund 10 TWh. Die CO_2-Reduktion liegt bei 21 Prozent.
- **Szenario 3** sieht eine verstärkte Energiepolitik mit einer Energie-Lenkungsabgabe und strengeren Energieverbrauchsvorschriften vor. Die Stromlücke beträgt 2035 immer noch 13,5 TWh und könnte durch erneuerbare Energien und dezentrale Wärme-Kraftkopplung (WKK) geschlossen werden. Der CO_2-Ausstoss würde um 34 Prozent zurückgehen.
- **Szenario 4** geht in Richtung *«2000 Watt-Gesellschaft»*, wie sie auch von der ETH Zürich propagiert wird. Es setzt eine höheren Energielenkungsabgabe und einen Strukturwandel in Wirtschaft, Siedlung und Verkehr voraus. Die Stromlücke beträgt nur noch 5 TWh und kann problemlos durch erneuerbare Energien und dezentrale Wärme-Kraft-Kopplung geschlossen werden. Die CO_2-Reduktion beträgt 47 Prozent.

WUSSTEN SIE SCHON, DASS…

… der Finanzexperte Albert Bass als Wirtschaftsförderer hartes Brot essen muss?

Albert Bass

Der Natischer Finanzexperte Albert Bass ist Verwaltungsratspräsident des **Finanzkompetenzzentrums (ccf),** welches die kantonalen Gelder der Wirtschaftsförderung an die Unternehmen verteilt. Auch hier hat es Bass nicht leicht. Denn das Interesse unter den Oberwalliser Unternehmern lässt zu wünschen übrig. Unter den 11 Unternehmen mit einer wesentlichen ccf-Beteiligung im Jahre 2005 figuriert nur ein einziges Oberwalliser Unternehmen, nämlich die IQU Company AG in Brig-Glis mit 140000 Franken. Bei den unterstützten Unternehmen im Oberwallis fällt zudem auf, dass einige im Berufs- und Beziehungsnetz des Natischer Finanzberaters angesiedelt sind, sei es, dass die Treuhand und Revisionen AG, deren VR-Präsident Albert Bass ist, als Revisionsstelle waltet (Volki Bäckerei, Techhold AG, Rez AG, IQU Company AG, Späni Anton AG,) oder dass Bass selbst früher in den Verwaltungsräten sass (Rez AG, BON Druck AG). Zum Beziehungsgeflecht von Bass gehört auch Daniel Sieber, der VR-Präsident der BON Druck AG und Geschäftsführer der Rhodan Microtechnics AG. Sieber sitzt ebenfalls im ccf-Verwaltungsrat und ist Präsident der ccf-internen Finanzhilfekommission.

… die modernen Zeiten spurlos am Wahlgesetz des Kantons Wallis vorübergegangen sind?

Bundesgericht

Mit einer Beschwerde ans Bundesgericht verlangte die SP Wallis die Aufhebung des Bezirksproporzes für die Grossratswahlen. Das Bundesgericht lehnte die Beschwerde ab und argumentierte mit der Verankerung in der Kantons-Verfassung und verwies zudem darauf, dass die Bezirke von jeher Einheiten mit erheblicher Autonomie und entsprechendem Zusammengehörigkeitsgefühl seien. Mit diesem Schmalz kann der Berner Staatsrechtler Pierre Tschannen nichts anfangen. In der Oktober-Ausgabe 2006 der Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins (ZBJV) macht er sich über die verstaubten Bundesrichter lustig. Es mag ihm gar nicht einleuchten, *«weshalb territoriale Einteilungen aus früheren Jahrhunderten heute noch empfindliche Verstösse gegen die Wahlrechtsgleichheit sollen rechtfertigen dürfen. Jede Tradition hat einmal ein Ende. Glaubt das Gericht wirklich an das ‚besondere Zusammengehörigkeitsgefühl' in den Walliser Bezirken? Sind die modernen Zeiten mit ihren Erscheinungen – pluralisierte Zivilgesellschaft, hohe Mobilität, regionale Entwurzelung – ausgerechnet am Kanton Wallis vorbeigegangen?»* Wann brechen also die modernen Zeiten für die Walliser Wahlgesetzgebung an?

Hans Mayer: zum 100. Geburtstag
Kommunist ohne Parteibuch

Geboren wurde Hans Mayer am 19. März 1907 in Köln. Als Jude, Linker und Homosexueller gehörte er gleich drei verfolgten Minderheiten an. Die Jahre der Nazi-Diktatur überlebte er in der Schweiz. 1948 wurde er Professor in Leipzig, 1963 kehrte er, zunehmend angefeindet, von einer Westreise nicht mehr in die Deutsche Demokratische Republik zurück. Er wurde 1965 als Professor für deutsche Literatur und Sprache an die Technische Universität in Hannover berufen. Mit aufrechtem Gang war Mayer ein leidenschaftlicher Aufklärer und unerschrockener Bekenner, der für die Integrität des Individuums, die Achtung des Aussenseiters und ein menschenwürdiges Zusammenleben kämpfte. Hans Mayer starb am 19. Mai 2001 im Alter von 94 Jahren in Tübingen.

VON HILAR EGGEL

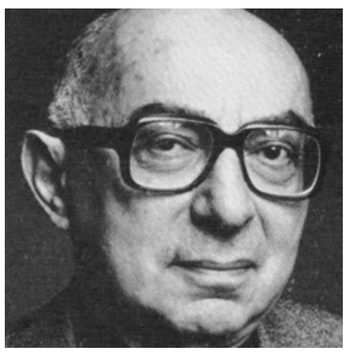
«Alle wirklich aus Notwendigkeit entstandene Literatur ist immer gelebte und erfahrene Literatur gewesen.» Dieser Satz zeigt Mayers Methode, Literatur als die besondere Weise zu erfassen, in der die sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Widersprüche einer Zeit ästhetisch im Werk analysiert und produktiv verarbeitet werden.

Das jüdische Elternhaus

Hans Mayer stammte aus einer begüterten jüdischen Familie; der Vater sympathisierte mit den Sozialdemokraten. Mayer studierte in Köln Jura, promovierte im Sommer 1930 mit der ideologiekritischen juristischen Studie «Die Krisis der deutschen Staatslehre und die Staatsauffassung Rudolf Smends». Nach seiner «Erweckung» durch Georg Lukacs' Buch «Geschichte und Klassenbewusstsein» engagierte er sich in dem Spektrum zwischen KPD-Opposition und Sozialistischer Arbeiterpartei (SAP). Ende 1931 trat er der SAP bei. Zusammen mit seiner Kölner Gruppe gab er die «Marxistische Arbeiter-Zeitung» mit dem schönen Namen «Der Rote Kämpfer» heraus. Die Gruppe orientierte sich an originellen Köpfen wie August Thalheimer und Karl Korsch.

Das Exil in der Schweiz

1933, nur wenige Tage nach der letzten Prüfung als Jurist, wurde er aus dem Staatsdienst entfernt. Als Jude und linker Kämpfer in der SAP entschloss er sich, sich aus dem Nazi-Reich abzusetzen. In Genf, Paris und später in der Schweiz schlug Mayer sich unter anderem mit einem Stipendium des Frankfurter Instituts für Sozialforschung durch. Mayer war an der Studie über «Autorität und Familie» von Max Horkheimer beteiligt. Im Exil schrieb er das berühmte Buch «Georg Büchner und seine Zeit».
Nach dem Krieg wurde Hans Mayer zuerst Redaktor der DANA – einer Vorgängerin der Deutschen Presse-Agentur, dann Chefredaktor von Radio Frankfurt. Diese aufregende, aber auch etwas wirre Zeit fand ein Ende, als sich die Fronten des Kalten Krieges zeigten. Die Kommentare dieses unorthodoxen Marxisten waren den Amerikanern nicht prowestlich genug.



Der Hörsaal 40 in Leipzig

1948 erhielt Mayer einen Lehrstuhl für Literaturgeschichte in Leibzig. «Die zweite Emigration» nennt er den Schritt nach Leipzig, in die sowjetische Besatzungszone. Als Professor konnte er dort tun, was er inzwischen als sein «Eigentliches» erkannt hatte: Lehren und Schreiben. Mayers besondere Art zu lehren und zu publizieren wurde von Anfang an zugleich verehrt und angefeindet. So wurde sehr bald dem «Kommunisten ohne Parteibuch», wie er sich selber nannte, vorgeworfen «keine ausreichende parteiliche Darstellung und Bewertung der sozialistischen Gegenwartsliteratur» vorzunehmen. 1963 blieb er, anlässlich eines Kurzbesuchs, in der Bundesrepublik und nahm kurz darauf eine Professur in Hannover an. Es war seine dritte Flucht. Trotzdem hat er die 30 Semester, die er in Leipzig gelehrt hat, als «mein Ort» bezeichnet.

Der Aussenseiter

Mayers wohl bedeutendstes Werk «Der Aussenseiter» wurde zu einem Politikum. Der Autor geht, so lautet gleich der erste Satz, «von der Behauptung aus, dass die bürgerliche Aufklärung gescheitert ist». Ironisch fügt er an, dem werde «kaum widersprochen werden», um dann das Randständische ins Zentrum zu rücken, das Zentrum mit der Peripherie und den Minderheiten zu messen. Eine wirklich emanzipatorische Politik hat sich an dem zu messen, was sie für den konkret leidenden Menschen leistet – nicht für eine abstrakt leidende «Menschheit», zu deren Legitimation Ströme von vergossenem Blut herhalten mussten. Im Buch «Der Aussenseiter» hat diese besondere Sensibilität für alles Widersprüchliche, Nicht-Zusammenpassende, ja Antagonistische seinen fruchtbarsten Ausdruck gefunden.

Der Turm von Babel

Viel Kritik und auch Wut zog Mayer mit seinem Buch «Der Turm von Babel» auf sich. Die offizielle politische Linie, die DDR den kapitalistischen Liquidatoren in ihre gierigen Hände zu spielen und damit zugleich jegliches Denken und Handeln, das über den Status quo hinauszielt, für nichtig zu erklären, war Mayers Sache nicht. Er sprengte die verordnete intellektuelle Eindimensionalität und erregte Anstoss, als er formulierte: «Das Ende der DDR bedeutet nicht das Ende eines Denkens über gesellschaftliche Alternativen… Die Deutsche Demokratische Republik war stets eine deutsche Wunde. Sie wird es bleiben und nicht heilen, solange man nicht erkennt, dass hier eine deutsche Möglichkeit zugrunde ging.»

Hans Mayer im Arbeitslager in Sierre:

Im französischen, dann im Schweizer Exil war Mayer sich beständig der Gefahr bewusst, abgeschoben oder ausgeliefert zu werden. Ein «Floss der Medusa» hat er die Schweiz genannt. Eine Zeit lang musste er in «Arbeitslagern für Emigranten», unter anderem auch in Sierre, verbringen. Er schreibt:
«Ich besass eine Fahrkarte ins Wallis: diesmal ging es weiter hinauf ins Gebirge, in die Nähe von Sierre. Auch dort gab es eines der neugegründeten Arbeitslager… Die Höhenluft war rein, ich erholte mich rasch. Da lag das Türmchen von Muzot, wo Rilke gewohnt hatte, aber man wurde nicht eingelassen. Dorthin durften nur richtige Dichter. (Später) besuchte ich den Friedhof und das Grab und sah die vieldeutige Inschrift von der Rose, dem «reinen Widerspruch»… Nicht Historie mehr oder gar Soziologie der Literatur, sondern Schöpfungen aus Sprache, Spiele der Einbildungskraft, das war es, was ich nun brauchte.»

Ein Deutscher auf Widerruf

«Ein Deutscher auf Widerruf» – so ein signifikanter Titel seiner Werke – reiht sich ein in jene „Deutschlandbücher der Warnliteratur», denen, von Heinrich Heine an, Mayers Aufmerksamkeit immer besonders gegolten hatte. Unter diesem Leitmotiv beschrieb er sein ereignisreiches Leben, Jugend und Emigration, die Zeit in Leipzig mit ihren Hoffnungen und Katastrophen, die Jahre in Hannover und Tübingen, seine politischen Erfahrungen und Begegnungen (mit Kurt Tucholsky oder Max Horkheimer, Georg Lukács oder Thomas Mann, Bertolt Brecht oder Sartre, um nur einige wenige zu nennen). Er hat eine unerschöpfliche zeit- und kulturgeschichtliche Quelle geschaffen; vor allem ist ein faszinierendes Erzählbuch deutscher Prosa entstanden, das derselben Hoffnungslinie folgt, die die Perspektive ist von allem, was er geschrieben hat. Kultur kann man nicht als Besitz verstehen, sondern als ständige Tätigkeit, als dauernd bedrohte Produktivität, die wir auch in den Grosswerken der Vergangenheit nicht etwa gespeichert finden, sondern an ihnen stets neu zu bewähren haben. «Man muss in einer Wegwerfgesellschaft immer wieder anreden gegen das Vergessen», so formulierte er in Frankfurt eine seiner Hauptmaximen seines Lebens.

Gelebte Literatur

In seiner Disziplin, der Literaturwissenschaft, war Mayer ein etablierter Aussenseiter. Er war und blieb aber randständig. Man kam um ihn nicht herum, folgte ihm aber auch kaum auf seinen Wegen. Den Geisteswissenschaftlern missfiel sein sich historisch-materialistisch verstehender Wissenschaftsansatz – geprägt von Georg Lukacs –, und die seit den sechziger bzw. siebziger Jahren sich partiell durchsetzende materialistische Literaturwissenschaft.
Hans Mayer ist nie bloss Germanist geblieben. Er verachtete den antiquarischen Ehrgeiz seiner professoralen Kollegen, ihren engen, national begrenzten Horizont, ihre Pedanterie, die in Kommentaren fortwucherte, ohne auch nur einen Buchstaben der so gelehrt benoteten Dichtung zum Leben zu erwecken. Die Zunft hat es ihn spüren lassen und versucht, seinen akademischen Wirkungsgrad im Westen so weit zu beschränken wie möglich.

Warnrufe gegen den Faschismus

Was Mayer im hohen Alter antrieb, weiter Texte – die er zuletzt diktieren musste – zu verfassen, wird deutlich, wenn er erklärt: Es gebe „«ein virulentes neues Phänomen in diesem wahrlich ‹neuen Deutschland›. Es gibt eine zahlenmässig ernst zu nehmende ‹Sehnsucht nach dem Dritten Reich›.» Mayer hat in ungebrochener Ausdruckskraft die «neuen Hakenkreuzler» auch als solche bezeichnet, den Wahn und Hass und das (hoffentlich: bisherige) Scheitern der Aufklärung benannt und klar analysiert.

Engagement für eine gerechtere, menschenfreundlichere Welt

«Gelebte Literatur» hatte Mayer seine Frankfurter Poetikvorlesungen genannt. Und wirklich hat niemand Literatur so sehr gelebt wie er. Hans Mayer hat sie alle noch persönlich kennen gelernt: Georg Lukacs, Ernst Bloch, Robert Musil, Kurt Tucholsky und Thomas Mann. Andere wie Uwe Johnson, Christa Wolf und Volker Braun hörten in Leipzig seine Vorlesungen. Mit Brecht verband ihn seit 1948 ein enges Arbeitsverhältnis, und von Thomas Mann gab der «geistvolle Leipziger Literaturhistoriker Hans Mayer» (Thomas Mann) die erste Werkausgabe in der DDR heraus.

Hans Mayer hat die Literatur geliebt und die Menschen, die sie schufen. Er war selbst ein Literat und ein euphorischer Vermittler von Literatur. Er war ein Besessener im schönsten Sinne, ein Liebhaber, ein Verehrer und Bekehrer. Er hat das analytisch-erzählerische Schreiben zu einer Meisterschaft gebracht wie sonst keiner.

Hans Mayer war nicht nur der bedeutendste deutschsprachige Literaturwissenschaftler des 20. Jahrhunderts. Er war auch ein durch Erfahrung geschulter Warner vor dem Faschismus. Deshalb sollten diejenigen, die seine Kunst goutieren, auch seine politischen Warnungen ernst nehmen. Und die Linken, die in der politischen Analyse mit Hans Mayer konform gehen, sind bestens beraten, wenn sie von seinem tiefen Verständnis für die Literatur zu profitieren suchen.

Mayer hat sich mit den bestehenden gesellschaftlichen, politischen Verhältnissen immer wieder kritisch auseinandergesetzt. Er hat sich geweigert, die Utopie und die mögliche Realisierbarkeit des Sozialismus als sinnlose Schwärmerei abzukanzeln. Überzeugend stellte er fest: «Wenn ich unsere Gemeinschaft richtig verstehe, so ist es eine Gemeinschaft von Menschen, die nicht ohne Hoffnung leben möchten. Es ist jetzt in der Wegwerfgesellschaft üblich geworden… das Ende der Utopie, nicht nur das Ende des Sozialismus zu verkünden. Das Ende des Sozialismus? Wie denn! Wo hätte es ihn denn je bisher gegeben!… Utopien sind ja nicht! Utopien sind das Wollen, das Suchen, das Hoffen, das Erkennen, dass unsere Welt menschenfreundlicher geschaffen werden könnte.»

Hilar Eggel

AGENDA: Wohin frau/man geht…

UNWÄLT-AGENDA

www.umwelt-oberwallis.ch

Freitag, 23. Februar 2007
Referat «Das Braunkehlchen im Goms»
19:00: Uhr Generalversammlung des NVO in Brig; 20:00: öffentliches Referat von Petra Horch, Vogelwarte Sempach

Mittwoch, 28. Februar 2007
Vortrag «Edelweiss – von der Wildpflanze zum Produkt»
19:00 Uhr im Vortragssaal im Kollegium in Brig; Referenten: Dr. Christoph Carlen und Dr. Frank Gafner

Mittwoch, 7. März 2007
Vortrag «Sicherheit im Netz»
19:00 Uhr im Vortragssaal im Kollegium in Brig; Referent: Ralf Zenklusen

Donnerstag, 15. März 2007
Vortrag «Wildkräuter-Unkräuter-Gjätt»
20:00 Uhr im Grünwaldsaal in Brig; Referent: Ralph Imstepf, Biologe

Sonntag, 25. März 2007
Halbtägige Exkursion «Vögel: Vorboten des Frühlings»
Besammlung um 8:30 Uhr auf dem Bahnhof in Turtmann; Leitung: Peter Salzgeber

Donnerstag, 29. März 2007
Sagenabend mit Andreas Weissen
Sagenabend unter dem Vollmond; Infos beim WWF Oberwallis, Tel. 027 923 61 62

Donnerstag, 5. April 2007
Vortrag «Wie geht es unseren Gletschern?»
19:00 Uhr im Vortragssaal im Kollegium in Brig; Referent: Benedikt Schnyder

Sonntag, 8. April 2007
Exkursion «Hasen und Kaninchen»
14:00 Uhr bei der Ermitage im Pfynwald; Leitung: Team Pfyn-Finges (zweisprachig)

Samstag, 21. April 2007
Exkursion «Ornithologische Raritäten im Weinberg»
Besammlung um 7:45 Uhr beim Bahnhof Salgesch; Leitung: Bertrand Posse und Peter Salzgeber (zweisprachig)

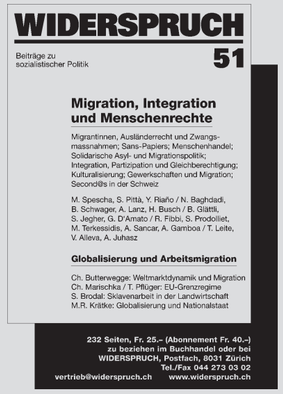
Sonntag, 22. April 2007
Exkursion «Die Reptilien von Pfyn»
Besammlung um 8:30 Uhr beim Bahnhof Leuk; Leitung: Jean-Marc Pillet (zweisprachig); Picknick mitnehmen.

info@simplonforum.ch

Dienstag, 27. Februar, 18.00 Uhr, Restaurat Simplon in Naters

Werner Bellwald

Ein industriefeindliches Volk? – Fabriken und Arbeiter in den Walliser Bergen.



KINO ASTORIA, VISP: «Der besondere Film»

Alle Filme in Originalsprache mit deutschem Untertitel.

www.kino-astoria.ch

Montag, 19. Februar, 20.30 Uhr
Ein Freund von mir
Hans ist all das, was Karl nicht ist: laut, begeisterungsfähig, spontan und aufdringlich. Und er besitzt all das, was Karl fehlt: Optimismus, Humor und die Liebe einer schönen Frau. Die zwei lernen sich in einer Mietwagenfirma kennen, in der Hans arbeitet. Der aufstrebende Jungmanager Karl wird von seinem Vorgesetzten angeheuert, dort einen Tag als Mitarbeiter inkognito zu verbringen, um Versicherungsrisiken vor Ort abzuschätzen. Der Auftrag war, wie sich später herausstellt, lediglich als Provokation gedacht, um endlich einmal eine Reaktion von Karl zu erhalten und ihn aus seiner Passivität zu wecken. Die hektische Arbeit inmitten der rasenden Autos und grobschlächtigen Typen gefällt Karl jedoch so gut, dass er am liebsten bleiben möchte. Vor allem auch, weil er dort Hans kennen lernt.

Montag, 26. Februar, 20.30 Uhr
Adam's Apples
Eine bissige Komödie mit Tiefgang über menschliche Schwächen, göttliche Willkür und die Frage, wie viel Güte ein Mensch ertragen kann. ADAM'S APPLES ist eine politisch völlig unkorrekte Komödie mit Tiefgang. Letztlich geht es um menschliche Schwächen, göttliche Willkür und die Frage, wie viel Güte ein Mensch ertragen kann. Mit seinem besonderen Sinn für skurrile Situationen und Charaktere verstrickt Regisseur Anders Thomas Jensen seine Protagonisten in einen genauso absurden wie komischen Kampf zwischen Gut und Böse.

Montag, 5. März, 20.30 Uhr
Scoop
Joe Strombel war ein skrupelloser aber auch äusserst erfolgreicher Journalist. Nun ist er tot, schreckt aber selbst noch auf der Überfahrt ins Totenreich nicht davor zurück, sogar den Sensemann selbst bestechen zu wollen. Vergeblich, dafür lernt er aber die ebenfalls gerade erst verstorbene Sekretärin eines hoch angesehenen Mitglieds der Londoner High Society kennen und wittert seine letzte Sensationsstory. Sie liefert ihm nämlich wichtige Hinweise dafür, dass ihr ehemaliger Arbeitgeber der berüchtigte «Tarotkartenmörder» sein soll, der London seit geraumer Zeit in Angst und Schrecken versetzt.

Montag, 19. März, 20.30 Uhr
Hippie Masala
Eine spindeldürre Gestalt mit langem Bart und hochgestecktem, verfilzten Haar wäscht sich in einem schlammigen Fluss des zentralindischen Hampi. Die Gestalt heisst Cesare stammt aus Italien, und gehört zu den Hippies, die Mitte der Sechziger Jahre das Paradies in Indien suchten. Cesare hat im Leben als Yogi seine Bestimmung gefunden und hat nicht vor, in seine Heimat zurückzukehren. Weniger anpassen möchte sich der Emmentaler Hanspeter, der die indische Tradition mehr oder minder ignoriert und mit seiner Flinte auf Fasanenjagd geht. In der Schweiz müsse man einfach zuviel arbeiten, meint er. Der Kunstmaler Robert aus den Niederlanden lebt friedlich mit seiner indischen Frau und den gemeinsamen Kindern in Harmonie mit seiner Umgebung. Ganz anders die Zwillings-Damen aus Südamerika. In Goa verkaufen sie Hippiemode an Touristen, Leben ein Leben in Saus und Braus und möchten offensichtlich nie älter werden. Cannabisrauch verbindet diese Figuren, denn alle geniessen sie die Drogen, die in den Sechzigern wohl der Hauptgrund für ihr Kommen gewesen war.

DICKE EIER:

Parkverbot für Seniorenriege Naters: Gemeinderat empfiehlt Spaziergänge

Keine Freude am Natischer Gemeinderat haben dieser Tage die Mitglieder der Seniorenriege Naters. Jeden Mittwoch Nachmittag turnen in der Klositurnhalle rund 30 Senioren mit einem Durchschnittsalter von 75 Jahren. Bis jetzt durften sie ihre Autos auf dem Pausenplatz parkieren, der an den schulfreien Mittwochnachmittagen nicht von den Schulkindern benutzt wird. Im letzten Oktober teilte Gemeindepräsident Manfred Holzer den Senioren mit, dass der Pausenplatz erst ab 18.00 Uhr für die Autos geöffnet werde. Seine Empfehlung: *«Den sportlichen Riegemitgliedern sollte es zumutbar sein, die Turnhalle Klosi zu Fuss zu erreichen.»* Ganz wohl ist Holzer bei dieser Empfehlung ausgerechnet an die Senioren nicht. Deshalb stellt er auf Anfrage der RA für das kommende Frühjahr zwei kleine Fussballtore und Basketball-Körbe in Aussicht, so dass der Pausenplatz wieder vermehrt von den SchülerInnen an schulfreien Nachmittagen benutzt werde. Eigentlich erstaunlich, dass erst jetzt die Fussballtore in Betracht gezogen werden, nachdem das Parkverbot schon vor 10 Jahren vom Gemeinderat beschlossen wurde.

Stöhlker-Antenne in Zürich: Störsender bringt Zahlen durcheinander

Bekanntlich hat Klaus J. Stöhlker die Walliser Antenne in Zürich aufgezogen. Auf seiner Homepage verbreitet er wichtige Meldungen von Urs Zenhäusern, Präsident von Wallis Tourismus, und von Thomas Gsponer, abgetretener Direktor der Walliser Handelskammer, in alle Welt. Dabei muss ein Störsender die Zahlen durcheinander gebracht haben. Denn in einer Meldung wird Zenhäusern zitiert, welcher die Walliser als *«ein energisches Volk voller Tatkraft»* preist, welches *«25% der Energie in die Schweizer Wirtschaft und Haushalte»* liefert. Tatsächlich macht die Stromproduktion des Kantons Wallis bloss 3,5% der gesamten Schweizer Energieproduktion aus. Vielleicht hat Zenhäusern auch die Rohölimporte aus Libyen hinzugezählt.

CVP zur Pauschalbesteuerung: Kurvenreiche Politik

Die CVP-Bundesrätin Doris Leuthard hat im Westschweizer Fernsehen die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer kritisiert und damit beim Fussvolk gepunktet. Auch die CVP-Parteizentrale blähte sich mächtig wie ein Frosch. Kein Wunder, dass das Partei-Archiv dabei nicht konsultiert wurde. Denn dort hätten die frischgebackenen Populisten feststellen müssen, dass sie noch im Oktober 2005 mit geschlossener Fraktion gegen eine parlamentarische Initiative der SPS stimmten, welche vom Bundesrat die Aufhebung der Pauschalbesteuerung verlangte. Die nächste CVP-Kurve kommt bestimmt.

Ständerat Rolf Escher: Schlussspurt mit verstecktem Triebwerk

Rolf Eschers achtjähriger Marathon in Bern brachte auch geruhsame Etappen. Nach Halbzeit der ersten vier Jahre stand Escher bezüglich Vorstössen noch mit leeren Händen da. Inzwischen sind es immerhin fünf geworden. Aber jetzt verblüfft er die Sportreporter mit einem fulminanten Schlussspurt. Als Präsident des *«Verein ohne Vlügel»* (VOV) hat er auf der letzten Etappe seiner politischen Laufbahn ein verstecktes Triebwerk gezündet und zieht nun solo am perplexen Bauminister Jean-Jacques Rey-Bellet vorbei ins Ziel. In einem Redetext hat letzterer ein paar komische Bemerkungen zur A9 gemacht, worauf Escher seine gesammelte politische Energie auf den Bedauernswerten fokussierte. Eine Supernova nennt man das in der Kosmologie.

Jetzt reicht's! Jetzt abonniere ich die Rote Anneliese

- ☐ Ich bestelle ein RA-Abo für Fr. 50.–
- ☐ Ich verschenke ein RA-Abo für Fr. 50.– (Rechnung an mich)
- ☐ Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von Fr. 25.–

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Geschenk-Abo an:
Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Talon bitte Ausschneiden und senden an:
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig oder per E-Mail: rote.anneliese@rhone.ch

LESERBRIEF:

Wir nehmen Bezug auf den Artikel vom November 2006, Ausgabe Nr. 195: Die Kündigungsfrist für einen Ausstieg aus der JAST betrug laut dem gegenseitig unterzeichneten Vertrag 6 Monate. Die Gemeinde St. Niklaus hat den Vertrag auf Ende September 2006 gekündigt. Der Austritt war somit frühestens im März 2007 möglich. Der Vorstand der JAST Nikolaital hat daraufhin der Gemeinde St. Niklaus die Möglichkeit geboten, aus der JAST bereits Ende 2006 auszutreten. Von dieser Möglichkeit hat die Gemeinde St. Niklaus Gebrauch gemacht.

Roger Imboden,
Gemeindepräsident St. Niklaus

ZI-TÄTER:

«Das Schöne am Klimawandel ist, dass er uns lange Zeit lässt, uns anzupassen.»
Touristikprofessor Hansruedi Müller

Rote Anneliese: *Noch schöner ist, dass es im Winter so schön warm ist und wir keine Winterkleider mehr brauchen.*

«In einer Gemeinde haben wir mal die Rechnung gemacht, dass es für ein Musikfest allein im Festbüchlein Inserate für eine Viertelmillion Franken hatte.»
Paul Martone, Kirchlicher Informationsdienst KID/pm

Rote Anneliese: *Zwischen einem Musikfest und der Kirche gibt es eine Gemeinsamkeit und einen Unterschied: Beides sind Unterhaltungsprogramme. Das Musikfest jedoch wird nicht aus der Steuerkasse subventioniert.*

«Von den Eigenen sträflich im Stich gelassen, lasse ich mich nicht noch abschlachten und kreuzigen.»
Thomas Gsponer, verschmähter CSPO-Ständerats-Kandidat

Rote Anneliese: *Nach Golgotha kommt die Auferstehung und die Auffahrt in den Himmel.*

«Die Walliser Gesellschaft FMV SA sucht einen/eine Generalsekretär/in: Sie sind perfekt zweisprachig oder von französischer Muttersprache mit hervorragenden Deutschkenntnissen. Bei französischer Muttersprache sind Sie, wenn möglich auch fähig, auf Deutsch zu redigieren.»
Stelleninserat der Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG)

Rote Anneliese: *Wird bei französischer Muttersprache auch verlangt, dass das Kürzel FMV auf Deutsch übersetzt werden kann? Oder wird dann zusätzlich eine deutschsprachige Übersetzerin angestellt, die perfekt französischsprachig ist?*

Chastebiel in Blitzingen: Farbe für einheimisches Lärchenholz, weil die Sonne zu langsam ist

Ordnung muss sein!

BLITZINGEN – In der Chastebiel oberhalb von Blitzingen steht das Chalet Edelweiss. Im Interesse des Umweltschutzes haben die Besitzer beschlossen, die Westfassade mit einheimischem Lärchenholz aufzudoppeln. Doch die Gemeinde verlangte, dass das Lärchenholz mit Farbe gestrichen werden muss. Damit das Baureglement weiterhin seine Gültigkeit hat.

Chalet Edelweiss in Blitzingen: Das Lärchenholz der Westfassade musste mit Farbe eingepinsel werden.

VON KURT MARTI

Seit Jahrhunderten werden im Goms die Häuser mit Lärchenholz gebaut und niemand käme auf die Idee, das teure Lärchenholz mit Farbe einzupinseln. Für die dunkle Färbung sorgt mit der Zeit bekanntlich die Gommer Sonne. Das hat auch Jürg Zbinden, Präsident der Naturfreunde Schweiz, gemeint. Doch er wurde von der Gemeinde Blitzingen eines besseren belehrt.

Zbinden liess im Auftrag der Stockwerkeigentümer die Westfassade des Chalets Edelweiss mit einheimischem Lärchenholz aufdoppeln, statt die bestehende Fassade anzuschleifen und neu zu streichen.

Umweltschädliche Schleifaktion sollte vermieden werden

«Von einer die Umwelt belastenden schleif- und lösemittelemitierenden Aktion wollten wir absehen», erklärt Zbinden. Irrtümlicherweise hat er für die Aufdoppelung kein Baugesuch eingereicht. Als ihn die Gemeinde darauf aufmerksam machte, entschuldigte er sich für das Versehen und reichte ein Gesuch für die Bewilligung im Nachvollzugsverfahren ein.

Darin machte er die Gemeinde darauf aufmerksam, *«dass das Lärchenholz erfahrungsgemäss erst nach ca. 2 Jahre eine dunkle Färbung annimmt»* und verwies auf die ebenfalls helle Ostfassade eines Nachbarchalets und die südexponierten hellen Fensterläden und Balkongeländer weiterer Chalets.

Pflichtbeflissener Gemeindepräsident liess nicht locker

Das Baugesuch wurde bewilligt, mit der klaren Auflage, dass die Farbe dem übrigen Gebäude anzugleichen sei. Als Zbinden ein halbes Jahr zuwartete, wurde er vom Gemeindepräsidenten Erwin Ritz pflichtbeflissen an die Farbe erinnert. Inzwischen hat Zbinden die Westfassade tatsächlich gestrichen, um einer Geldbusse zu entgehen. Sein Kommentar: *«Baugesetze werden oft willkürlich interpretiert, Vernunft und Umweltschutz ist leider nicht allen Menschen eigen.»*

DER HEITERE SCHLUSSPUNKT:

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig • NR. 196 / FEBRUAR 2007
Bitte Adressänderungen melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis